MITTEILUNGS-BLATT DES JÜDISCHEN VOLKSRATS POSEN

ZWANGLOS ERSCHEINENDE HEFTE

Adresse der Redaktion: Posen, Berlinerstr. 5II Fernsprecher Nr. 1736.

Verlag und Expedition: JÜDISCHER VOLKSRAT POSEN.

Büro des Jüdischen Volksrats: Posen, Berlinerstr. 5II Fernsprecher Nr. 1736.

Nummer 4/5. | POSEN, Mai/Juni 1919 = 5679 Ijar/Siwan. | I. Jahrgang.

Nationalismus und Assimilation.

Wodurch ist der jüdische Nationalismus ausgezeichnet vor dem Nationalismus der anderen Völker? Diese inhaltsschwere und bedeutungsvolle Frage kann gerade jetzt nicht laut und vernehmlich genug erörtert werden. Die Frage stellen, heisst schon, sich klar dazu bekennen, dass die Bedeutung des Wortes „national" in der Zusammensetzung „jüdisch-national" eine wesentlich andere ist, als in der Zusammensetzung mit anderen Volksnamen. Das jüdische Volk hat nicht den Ehrgeiz, in den Wettkampf der anderen Völker um politische Macht und Geltung einzutreten, es wird sich nie den Kopf darüber zerbrechen, ob es eine Macht ersten oder xten Grades ist, das jüdische Volk kennt keinen Imperialismus, wesensfremd ist ihm auch jeder Chauvinismus, es strebt nicht danach, andere Völker zu unterdrücken und über sie zu herrschen. Das jüdische Volk lehnt es ab, andere Völker wirtschaftlich zu boykottieren, es zwängt seine Kultur andern Völkern nicht auf, es blickt nicht auf andere Völker herab und hält sie für inferior, es predigt nicht Hass und Leidenschaftlichkeit gegen andere Völker, es ist ein Feind des Militarismus und des Krieges. Das jüdische Volk, dessen Einheit auch durch die kühnsten dialektischen Kunststückchen westeuropäischer Geheimräte oder Geheimratsaspiranten nicht wegdisputiert werden kann, dessen Einheit erst vor wenigen Wochen von der Berner Völkerbundskonferenz feierlich anerkannt worden ist, beansprucht für sich lediglich, in gesicherter Freiheit so zu leben, wie es seine Eigenart erfordert. Und da das jüdische Volk nicht das Glück hat und leider in absehbarer Zeit nicht das Glück haben wird, auch eine territoriale Einheit für alle seine Volksgenossen zu bilden, so fordert es für jeden Volkssplitter das Recht auf freie Entwickelung gemäss seiner Eigenart. In dem Bekenntnis und in dem Willen zur Einheit, in dem Bewusstsein der — nicht nur religiösen — Eigenart und in dem Willen zur Erhaltung dieser Eigenart, in dem Bewusstsein gemeinsamer Geschichte und gemeinsamen Schicksals, endlich in der Liebe zu Palästina, der gemeinschaftlichen Heimstätte und dem künftigen geistigen Regulator der gesamten Judenheit, darin liegt der wesentlichste Inhalt des jüdischen Nationalismus. „Sieht das nach Herrschsucht aus?"

Gewiss liegt in dem Ausdruck „national", wenn man beispielsweise an den Vorstellungskreis denkt, der sich mit dem Worte „deutsch-national" verbindet, die Gefahr missverständlicher Auslegung. Unbefangene und wohlwollende Beurteiler aber haben uns immer recht verstanden. Wenn sich schliesslich doch Missverständnisse gezeigt haben, so ist das — wie die Erfahrung immer wieder zeigt — meist nicht etwa dem mangelnden Verständnis unserer nichtjüdischen und jüdischen Mitbürger zu verdanken, sondern den unverantwortlichen Treibereien unserer jüdischen Gegner, die ihre giftigen Pfeile gegen den jüdischen Nationalismus gewohnheitsmässig stets dem Köcher entnehmen, dessen Pfeile gegen das nationalistische Treiben nichtjüdischer Gruppen zu richten wären. Sie erreichen damit — das muss offen zugestanden werden — eine gewisse Verwirrung freiheitlich gesinnter Kreise, denen das Wort „national" — im landläufigen Sinne verstanden, insbesondere in der Verbindung „deutsch-national" — abgesehen von allgemeinen politischen Gründen schon wegen seiner häufigen Identität mit judenfeindlicher Gesinnung ein Greuel ist. Wenn der Führer unserer jüdischen Gegner, Geheimrat Fuchs, in einem der letzten „Neuen Jüdischen Monatshefte" predigt, dass derjenige den Begriff des Judentums nicht voll erfasse, der aus dem Judentum ein „Wald- und Wiesenvolk, ein nach völkischer Macht strebendes, chauvinistisches, imperialistisches, von Volksleidenschaften getriebenes Volk macht", so kann man nur jede Silbe unterschreiben. Mit unbestreitbarem Recht weist Fuchs darauf hin, dass wir das jüdische Volk nicht in die Völker einreihen sollen, die heute um die Macht kämpfen, und weit entfernt sind von dem Ziele des Völkerfriedens und Völkerbundes. Aber Fuchs kämpft, wie mir scheint, gegen Windmühlen. Seine Pfeile treffen nicht den wohlverstandenen jüdischen Nationalismus. Und selbst wenn solche chauvinistisch-imperialistisch-militaristischen Ideen als Erscheinungsformen einer unglücklichen und abschreckenden Assimilation in jüdischen Köpfen auftauchen sollten, so könnten sie doch allenfalls nur Bezug haben — sit venia verbo — auf das neu zu errichtende jüdische Palästina. Niemand aber wird so naiv sein, anzu-

nehmen, daß ein anderes Volk unter sich eine jüdische Minorität mit derartig unsinnigen, Souveränitätsrechte voraussetzenden Zielen — einen Staat im Staate — dulden wird.

Gerade aus dieser selbstverständlichen Feststellung heraus ist der heftige Sturm unbegreiflich, der neuerdings durch den Blätterwald der polnischen Presse gegen die jüdischen Nationalisten peitscht. Nicht nur die führenden Blätter aus Posen-Stadt, sondern beispielsweise auch die ‚Gazeta Grudziądzka' vom 21. März 1919, schütten ihren grimmigen Haß in umfassenden Aufsätzen über die nationalen Bestrebungen der Juden in Polen aus. Allem aber setzt die Krone auf ein Aufsatz des konservativen ‚Dziennik Poznański' vom 26. April 1919, betitelt „Die Juden". Was darin an Haß und Beschimpfungen gegen die Juden im allgemeinen und gegen die nationalgesinnten Juden im besonderen zusammengetragen ist, hätte selbst in den Zeiten finsterster Reaktion Befremden erregt, als die ganz schüchternen Sonnenstrahlen eines aus sehr weiter Ferne herannahenden Völkerfrühlings noch nicht durch die dicken Nebelschwaden des unbändigen Völkerhasses hindurchzudringen begannen. Soweit geht der Verfasser in seinem Kampfgeschrei gegen die Juden, daß er sagt, man sei versucht, Kasimir dem Großen den Ehrentitel „des Großen" abzusprechen, weil er die Juden in Polen habe einwandern lassen.

Den Ausgangspunkt des Angriffs bildet die Feststellung, daß die Juden überall Kulturpioniere des Deutschtums seien und vor allem in Polen, wo sie in Massen wohnten, als Träger deutscher Kultur gelten, und als solche gefürchtet und bekämpft werden müßten. Die Volkssprache der polnischen Juden, das Jiddische, sei in Wirklichkeit schlechtes Deutsch. In keiner Beziehung hätten sich die Juden der polnischen Volksseele angeglichen. „Unsere Sorgen und Freuden kümmern sie nichts, unsere Bestrebungen waren ihnen entweder gleichgültig, oder sie verhalten sich ihnen gegenüber feindselig. Kaum ein geringer Teil von ihnen hält sich für Polen mosaischen Bekenntnisses." Das politische Ziel des Aufsatzes ist die Forderung der Assimilation der Juden in Polen. Wenn die Juden sich theorethisch als Volk betrachteten, so sei dagegen nichts einzuwenden, aber man müsse es sich verbitten, daß sie daraus praktische Konsequenzen zögen. Die Juden, deren einziger gemeinsamer Besitz ein Streifen Landes in Palästina sei, deren einziges gemeinsames Merkmal abgesehen von physiologischen Besonderheiten die Gemeinsamkeit einer ausgesprochenen nationalistischen Religion sei, die Juden, die zwar ein Stamm, eine Rasse, aber kein Volk seien, dürften nicht die Dreistigkeit haben, für sich nationale Rechte zu beanspruchen. Sie hätten sich zu assimilieren und Polen mosaischen Bekenntnisses zu werden, als solchen würde man ihnen die Gleichberechtigung niemals versagen. — In dasselbe Horn bläst der Verfasser des Aufsatzes „Unser Antisemitismus" im ‚Dziennik Poznański' vom 3. Mai 1919 sowie des ‚Kurjer Poznański' vom 8. Mai 1919. Auch hier wird das Heil in den Polen mosaischen Bekenntnisses gesehen.

Wenn auch die erwähnten Aufsätze nicht offiziellen oder offiziösen Ursprungs sind, so bleiben sie doch nichtsdestoweniger schon deshalb höchst beachtenswert, weil eine führende Zeitung ihnen Aufnahme gewährt hat und sie billigt, und weil jene irrigen Gedankengänge mit ihrer Assimilationsforderung weiten polnischen Kreisen plausibel erscheinen mögen.

Der Begriff der Assimilation ist an sich mehrdeutig, im vorliegenden Falle aber klar. Gewünscht wird von den Juden Polens zunächst nicht die restlose Assimilation bis zur Taufe und Mischehe, anderseits ist auch nicht bloß die zivilisatorische Assimilation durch Angleichung in Kleidung, äußeren Formen u. s. w. gemeint, wogegen ja Bedenken nicht zu erheben wären. Nein, die Axt soll an die Wurzel des Judentums gelegt werden! Die Juden in Polen sollen das Bewußtsein der Einheit des Gesamtjudentums in sich zerstören, sie sollen das Streben nach einer einheitlichen Organisation ablegen, vernichtet werden soll das Bewußtsein der Eigenart, und der Wille, sie als gleichberechtigten Kulturfaktor zu erhalten und zu pflegen. Kulturnivellierung, Unterdrückung des Volksindividualismus sollen die Leitsterne des neugeeinten Polens werden, trotzdem doch die Erhaltung des polnischen Volkes bisher gerade auf die Verneinung dieser Prinzipien einer Talmistaatskunst gegründet war. Uebrig bleiben soll vom polnischen Judentume — nach gewissen westeuropäischen Mustern — eine abstrakte, blutleere Religion, ein allmählich dem liberalen Christentum bis zur Ununterscheidbarkeit angeglichener Mosaismus. Und dann, wenn dieses hehre Ziel erreicht ist, dann — sind nicht etwa die Unterschiede tot, nein, dann zeigt sich erst, daß der Verräter seiner Volkskultur um den Sündenlohn geprellt ist, denn dann entscheidet die herrschende Nation nach willkürlichem Belieben, ob sie die Juden in dem einen Falle als Volksfremde, im andern Falle als Volksgenossen ansehen will, dann entdeckt die herrschende Nation auf einmal die Einheit und Solidarität der Juden und rechnet insbesondere nach wie vor unbequeme Ansichten und Taten eines einzelnen der Gesamtheit zu. Mögen die Trotzki, Eisner, Kun jede Gemeinschaft mit dem Judentum noch so weit von sich weisen, ihre Taten werden der jüdischen Gemeinschaft zugerechnet. Und ein gegen die Juden organisierter Wirtschaftsboykott wird vor den „mosaischen Polen" gewiß nicht Halt machen. Jüngst ist das Programm der weitverzweigten polnischen Partei der Nationaldemokraten, in welchem auch die Ausschaltung des jüdischen Einflusses im Handel gefordert wird, veröffentlicht worden. Ist jemand so naiv zu glauben, daß die Polen hier einen Unterschied zwischen „mosaischen Polen" und nationalen Juden machen werden? Die Assimilationsbestrebungen führen höchstens dazu, daß der eine, schwächere Teil schießlich assimiliert zu sein glaubt und dadurch die natürliche Sicherheit in seinen Beziehungen zur Umwelt verliert. Der klarste Beweis hierfür ist im deutschen Judentum gegeben. Die deutschen Juden sind zweifellos sehr stark assimiliert, sie sind so stark assimiliert, daß abgesehen von ihrer zahlenmäßigen Schwäche schon aus diesem Grunde für sie eine nationale Autonomie nicht in Betracht kommen dürfte. Aber gibt es etwa in Deutschland keine Judenfrage? Jeder Deutsche — es gibt nur ganz verschwindende Ausnahmen — sieht überall, wo Juden kulturell, insbesondere auch politisch, tätig sind, womöglich gar an führender Stelle, Verjudung und Verfälschung seiner eigenen spezi-

fischen Art. Wenn auch innerhalb des deutschen Kulturkreises von einer jüdischen Kultur als solcher nicht gesprochen werden kann, so ist es doch die jüdische Note, die als volksfremd empfunden wird, jene Note, die eben unaustilgbar und im Blute des auch noch so intensiv assimilierten Juden fest verankert ist. In Kunst und Literatur, in Politik und Journalistik, auch in den Lebensformen sieht der Deutsche die jüdische Note. Die Antisemiten, für die die Inferiorität des jüdischen Volkes feststeht, sehen in dieser Note Minderwertigkeit, Kulturabstieg. Gerechtdenkende, denen der arrogante Kulturdünkel derer um Chamberlain fernliegt, sehen in der jüdischen Note nur — und das mit Recht — die Andersartigkeit. Richard Dehmel hat einmal gesagt, daß Max Liebermann nur darum für die deutsche Kultur so wichtig werden konnte, weil er ganz Rasse, jüdische Rasse darstellt.

Einerseits das Gefühl weiter — nicht der schlechtesten deutschen Kreise, in ihrer Art durch die kulturelle Betätigung der Juden verfälscht zu werden, anderseits der Wunsch nicht geringer „nationaler" jüdischer Kreise, dieses Gefühl taktvoll zu respektieren, ferner das Bestreben dieser letzteren Kreise, die eigene Art wieder mehr zur Entwickelung zu bringen und unter eigener Flagge in Erscheinung treten zu lassen, führten im Jahre 1912 zu der berühmten — leider allzuschnell in Vergessenheit geratenen — Kunstwartdebatte, in der das zu zu lösende Problem in wahrhaft klassischer Weise dahin formuliert wurde: „Die Arbeit von Juden und Nichtjuden derart zu organisieren, daß beide ihre, der menschlichen Gemeinschaft nützlichen Vorzüge höchstmöglich entwickeln können, während sie sich gegenseitig mindestmöglich hemmen." Hieraus möge man erkennen, daß die Assimilation über Kulturkrach zur Dissimilation, zum nationalen Gedanken führt. Es bleibt eben dabei: Assimilation von Völkern und Volksteilen ist unmöglich. Und wäre sie möglich, wir würden sie trotzdem ablehnen und aufs schärfste bekämpfen. Das Streben nach der Assimilation von Volksindividuen deutet nicht nur auf einen intellektuellen, sondern auch auf einen moralischen Defekt. Die Erhaltung eines Volkstypus bedarf keiner Begründung. Sein Dasein ist der Grund seiner Daseinsberechtigung. Dieselbe Rolle, die der Einzelmensch im Kreise seiner Familie spielt, spielt der Volkstypus im Kreise der Völker. Ebenso wie die Vernichtung des Einzelindividuums Mord ist, ist die Vernichtung des nationalen Gesamtindividuums ein Verbrechen. Es ist umsomehr ein Verbrechen, als die bisherige Entwickelung der Juden in Westeuropa zeigt, daß das Assimilationsattentat nicht einmal zum Tode, sondern zu dauerndem Siechtum des betroffenen Volksindividuums führt, zu einem Siechtum, unter dem auch die Umgebung aufs schwerste leidet. Es kommt hinzu, daß gerade die Juden in Polen, wo sie doch eine kompakte Masse bilden, kulturell gesund geblieben sind und sich infolge der Kontinuität der Entwickelung eine stark ausgeprägte Eigenkultur bewahrt haben. Zivilisatorisches Manko läßt sich leicht und schnell ausgleichen. Reiche Kulturschätze sind zur Hebung gelangt, noch reichere werden ans Tageslicht kommen, wenn die ersehnte Freiheit ihnen geschenkt ist. Nicht ohne Grund sagt Sombart einmal, daß das jüdische Volk eine der wertvollsten Arten darstelle, daß eine gewaltige Lücke in der Menschenwelt entstände, wenn die jüdische Art verschwände. Und da sollten die Juden die Hand bieten zur Förderung der Assimilation! Ebensowenig wie Deutschland das Recht hatte, die Polen zwangsweise zu germanisieren, ebensowenig haben die Polen das Recht, von den Juden Aufgabe ihrer Eigenkultur zu verlangen. Gerade jetzt in der Geburtsstunde einer neuen Völkerethik ist der Kampf gegen den Schutz der nationalen Minderheiten, ist das Prinzip des Kulturzwangs, ein blamabler Grundsatz. Und wir begrüßen es mit Genugtunng, daß Wilson der in Paris tagenden Konferenz der jüdischen Nationalräte erklären ließ, er billige die nationalen Wünsche der Ostjuden und werde für ihre Verwirklichung eintreten. Wo sollte auch die Grenze der staatlich erzwungenen Einheitskultur sein! Die Religion ist bei den Juden so eng verquickt mit allen Kulturerscheinungen, daß die zu erzwingende Einheitskultur schließlich sogar die Aufgabe der Religion oder einzelner religiöser Grundsätze notwendig erscheinen lassen könnte. Der Staat, der Kulturzwang übt, ist nicht weit ab von dem terroristischen Gebot: Cuius regio, eius religio. Daß die Juden zu dem preußischen Kulturzwang gegenüber den Polen mitgeholfen hätten, ist in dieser allgemeinen Fassung eine Unwahrheit, würde auch eine Revanche der Polen niemals rechtfertigen. Weite jüdische Kreise haben gegen Ausnahmebehandlung der Polen immer wieder protestiert. Insbesondere sind es die national gerichteten Juden gewesen, die der gewaltsamen Germanisierungspolitik in der Ostmark stets verständnislos gegenübergestanden haben und warmes Mitgefühl für die Unterdrückten empfanden. Uns Nationaljuden war es eben von jeher eine Selbstverständlichkeit, daß das Volk den Primat hat vor dem Staat, daß der Staat nicht seine Macht dazu mißbrauchen darf, sich die in ihm vorhandenen Volksindividuen mit mehr oder weniger Zwang so zuzuarbeiten, daß er mit möglichst wenig Aufwand an Regierungskunst geleitet und alles über einen Kamm geschoren werden kann. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Völker in einem Staate auf Berücksichtigung ihrer Eigenart und deren Erhaltung ein natürliches und unantastbares Recht haben, daß nur Regierungen, die komplizierteren Situationen nicht gewachsen sind, dieses Recht als staatsfeindlich ansehen können. Und Worte dankbarer Anerkennung für unsere Stellungnahme stehen merkwürdigerweise zu lesen — im „Dziennik Poznański" vom 3. November 1909. Mögen die Polen, die in der Assimilation der Juden eine Lösung, und sogar eine gute und gerechte Lösung, der Judenfrage erblicken, dessen eingedenk sein, daß der Zwang zur Fremdkultur, die Unterdrückung der angestammten Kultur nicht nur zwecklos ist, sondern Staatsfeinde erzieht. Niemals hätten die Polen in Deutschland diese Erbitterung gegen alles Deutsche im Herzen getragen, wenn sie ihre freie Entwickelungsmöglichkeit gehabt hätten. Die Freiheit der Völker und Volkssplitter muß die entsühnende Frucht dieses verbrecherischen Weltkrieges sein, sie muß der versöhnende Lohn der Menschheit für die unerhörten Leiden der Kriegszeit sein. Nur die Freiheit wird die Menschheit zufriedenstellen, nur sie wird in ihr die Liebe zum Staatsganzen wecken, und sie mit wahrer Hin-

gebung und Treue für das Wohl des Ganzen sorgen lassen.

Die Freiheit der Minoritäten wird verbürgt durch die Zuerkennung nationaler Autonomie, die wir Nationalen für die Juden in Polen erstreben. Mit musterhafter Prägnanz wird der Begriff des Schutzes der Minderheiten — anders ausgedrückt, der Begriff der nationalen Autonomie — in dem deutschen Völkerbundsentwurf umrissen. Es heißt da im Abschnitt VII:

„Den nationalen Minderheiten innerhalb der einzelnen Bundesstaaten wird ein nationales Eigenleben, insbesondere in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Presse verbürgt.

Ueber die Durchführung dieses Grundsatzes entscheidet ein besonderes Abkommen, das vornehmlich bestimmt, in welcher Weise das Recht der Minderheiten vor den Organen des Völkerbunds geltend gemacht werden kann."

Ergänzend tritt hinzu — gerade was die Sabbathheiligung der Juden anbelangt — der Artikel 4 des dem Völkerbundsentwurf als Anlage beigegebenen Abkommens über Arbeiterrecht:

„In Ländern, in denen allgemein oder für bestimmte Teile der Bevölkerung ein anderer Tag der Woche (als der Sonntag) als Ruhetag üblich ist, tritt für die im vorstehenden vorgesehene Arbeitsruhe an Stelle des Sonntags dieser Ruhetag."

Ausführlicher verbreitet sich die Berner Völkerbundkonferenz — übereinstimmend auch die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam — in den von ihr beantragten Zusätzen zum Pariser Völkerbundsentwurf über den Minoritätenschutz:

„Die nationalen Minderheiten in jedem Staate bedürfen eines eingehenden internationalen Schutzes; insbesondere sei die rechtliche Gleichheit der Individuen ohne Unterschied der Nationalität, freies, nationales Bekenntnis der Individuen, kulturelle und ökonomische Selbstverwaltung nationaler Minderheiten von wenigstens 100 Angehörigen, Autonomie der Gemeinden, Proportionalwahlen, Berücksichtigung aller Minderheiten von mehr als 20% im Sprachengebrauch der Gesetze und Behörden, proportionale Verteilung staatlicher Subventionen, Elementarschulen für Minderheiten von wenigstens 40 schulpflichtigen Kindern, international zu garantieren und ferner Maßregeln gegen nationalen Boykott zu treffen."

Wenn wir uns diesen Bestrebungen anschließen, deren Ideengehalt die Gruppen der Völkerbundliga sehr bald zum Gemeingut der gesamten Kulturwelt machen, und die vielleicht doch noch wenigstens in ihren Grundzügen in dem Pariser Entwurf ihren Niederschlag finden werden, so wünschen wir damit für die Juden in Polen keine Souveränitätsrechte, keinen Staat im Staate.

Zum Schutze ihrer Rechte muss die nationale Minderheit der Juden vor allem einheitlich organisiert werden. Sie darf nicht in einzelne einflusslose Religionsgesellschaften zersprengt und so zur Ohnmacht verurteilt, sondern sie muss auch straff zusammengefasst werden. Die Träger dieser autonomen Gemeinschaft haben in jeder Beziehung über die Wahrung der Rechte ihrer Volksgenossen zu wachen, sie haben den geistigen Besitz ihres Volkes autonom zu verwalten und seine autonome Fortentwickelung zu fördern. Wie wir uns die Einzelheiten denken, haben wir in der der Ententekommission überreichten und später veröffentlichten Denkschrift dargelegt. Unerfindlich ist es, inwiefern eine solche Autonomie dem allgemeinen Staatsinteresse abträglich sein sollte. Selbst wenn sich wirklich einmal Kollisionen zwischen dem spezifisch jüdischen und dem allgemeinen Staatsinteresse herausstellen sollten, würde gerade das Vorhandensein von Vertretern der einheitlich organisierten Judenheit zur schnellsten und einfachsten Lösung führen. Hoffen wir, dass diese Ueberzeugung recht bald Gemeingut aller Polen werden wird!

Allerdings müssen wir der Vollständigkeit halber hinzufügen, daß nicht nur einzelne polnische Kreise die nationale Forderung der Autonomie bekämpfen, sondern auch ein — allerdings kleiner Kreis — jüdischer Kapitalisten und Akademiker, jener wenigen Polen mosaischen Bekenntnisses, von denen der Verfasser des „Dziennik"-Artikels mit Anerkennung spricht. Einen nicht uninteressanten Einblick in die Gedankenkreise der polnisch-jüdischen Assimilanten gewinnen wir aus einer Erklärung des Dr. Nußbaum-Warschau, die der „Dziennik Poznański" vom 2. April 1919 abgedruckt hat. Es heißt da unter anderem mit Bezug auf die Natinoaljuden:

„Die polnische Nation muß kräftig und unerschütterlich dastehen in der Wahrung der Gesamtgestaltung der nationalen polnischen Interessen. Der polnische Staat muß ein polnischer Staat sein, für welchen der Genius Polens, der polnische Nationalgeist, verantwortlich ist. Wir haben eine einzige Mutter — Vaterland, eine einzige Erde — Polen; nach anderen Ländern aspirieren wir nicht.

Das jüdische Volk hat sein heiliges Land an den Ufern des Jordan, auf den Bergen des Libanon, dort sich hinzusehnen, ist es in seinem Recht und niemand wagt es, diese edlen Gefühle anzutasten. Möge es dort seinen nationalen Geist pflegen. Aber das polnische Land muß in seiner Ganzheit für die Entwickelung des Geistes des Polentums verbleiben, für die geistige Entwickelung ihrer polnischen Kinder ohne Unterschied des Bekenntnisses.

Und vor allem protestieren wir ganz energisch gegen die von Grund aus falsche These, als ob die deutsche, von der gesamten jüdischen Bevölkerung in mehr oder weniger entstellter Form angewendete Sprache auch nur einen Schatten der nationalen Sprache der Juden enthält. Eine Anerkennung der Juden in dieser strafwürdigen Gewohnheit käme der freiwilligen Begründung eines Platzes für die Entwickelung des Deutschtums in den Städten Polens durch die polnische Regierung gleich! . . .

. . . . Den jüdischen Gemeinden dürfte ausschließlich die Pflege der religiösen und philanthropischen Angelegenheiten, sowie des Religionsunterricht in den Schulen überlassen werden —, aber die Schule, von der Volksschule beginnend, muß in der ausschließlichen Verwaltung des polnischen Staates, und die Unterrichtssprache in ihr ausschließlich polnisch verbleiben."

Nach unseren früheren Erörterungen erübrigt sich jeder Kommentar. Aehnliche Vertreter dieser wenig erfreulichen Gattung soll es auch in andern Ländern geben Semper idem! Ob Dr. Nußbaum wirklich glaubt, daß es einen Polen gibt, der in ihm einen polnischen Volksgenossen erblickt?

Merkwürdig ist, daß bei Nußbaum ebenso wie bei dem Verfasser des „Dziennik"-Artikels sein Argument gegen die Gewährung der nationalen Rechte an die Juden im Vordergrund steht: Die Befürchtung, daß damit eine Förderung deutscher Kultur eintrete. Man kann nicht leugnen, daß die Kultur der Juden in Polen, die naturgemäß eine Mischkultur ist, nicht unerhebliche Bestandteile deutscher Kulturwerte aufweist; selbstverständlich ist, daß die in den zu Polen neu hinzutretenden Teilen Deutschlands lebenden Juden dem deutschen Kulturkreis angehören. Aber daraus kann doch weder für die Forderung der Assimilation noch gegen die nationalen Rechte etwas hergeleitet werden. Polen wird seine Kultur nicht mit einer chinesischen Mauer gegen Deutschland umgeben, es wird den jetzt allenfalls noch verständlichen Haß nicht in Permanenz erklären, es wird auf die Dauer keinen Kulturboykott gegen Deutschland durchführen. Die Kinderkrankheiten der Wiedergeburt des polnischen Volkes werden schnell verschwinden. Die Ergebnisse national-kulturellen Wirkens müssen international sein, d. h. Gemeingut der gesamten Menschheit werden. Gerade auf dem Gebiete der Kultur berührt sich der Nationalismus innig mit dem Internationalismus. Egoistische Absperrung einer Nationalkultur gegen fremde Kultureinflüsse ist unmöglich und wäre ein Unglück.

Die Kultur der Juden ist durch ihre Behaftung mit Bestandteilen der deutschen Kultur nicht minderwertig geworden. Bei der Frage nach dem Schutzbedürfnis der Eigenart von Minoritäten kann es übrigens keineswegs darauf ankommen, ob die Eigenart wertvoll ist oder nicht, denn das zu entscheiden ist schon deshalb unmöglich, weil wir Menschen keinen Wertmesser für das Typische im Volkstum haben; es kann auch nicht auf die Untersuchung ankommen, aus welchen Bestandteilen sich die kulturelle Eigenart zusammensetzt, sondern maßgebend ist die Tatsache des Bestehens einer Eigenart. Diese ist erhaltenswert, weil sie vorhanden ist. Wie sie sich entwickelt, welchem Kulturkreis sie sich annähert, ob sie sich überhaupt einem andern Kulturkreis annähert, kann niemand prophezeien, das bleibt der betreffenden Minorität überlassen, darin besteht gerade ihre kulturelle Autonomie.

Die Polen, die das Glück der Einigung und ungeahnten Auferstehung ihres Vaterlandes erlebt haben, werden, wenn die Zeit der Leidenschaften und des völkertrennenden Hasses verschwunden und vergessen sein wird, hoffentlich volles Verständnis für diese Ideengänge zeigen, und nicht nur in den Kreisen der Intelligenz, wo man uns jetzt schon durchaus begreift, sondern auch in den breiteren Massen. Schwerer wird es noch sein, unsere jüdischen Gegner auf den rechten Weg zu führen. Doch auch hier darf man die Hoffnung nicht aufgeben. Gerade jetzt kann man z B. in der die deutsche Judenfrage behandelnden Presse beobachten, wie die mit so mutiger Energie rastlos betriebene national-jüdische Propaganda Früchte zu tragen beginnt. Trotz des heftigen Kampfes, den all jene mehr oder weniger Geheimen Räte und sonstigen Notabeln in den Tageszeitungen und Versammlungssälen gegen uns geführt haben, zeigt sich, wenn auch schüchtern und zaghaft, eine langsame Umstellung der Gedanken zu unserer Ideenwelt. Es muß da besonders des Aufsatzes gedacht werden, den Rechtsanwalt Dr. Haase-Posen in Nr. 7/8 (Jahrgang 1919) der „Neuen Jüdischen Monatshefte" veröffentlicht hat, und der die Ueberschrift trägt: „Ausgleich, ein Wort der Verständigung."

Die Gedanken des Aufsatzes bieten m. E. in der Tat eine Verständigungsmöglichkeit, vorausgesetzt, daß sie nicht graue Theorie bleiben, sondern in die Tat umgesetzt werden. Das wesentlichste Zugeständnis scheint mir das zu sein, daß Haase die Stammesgemeinschaft der Juden und damit also die Einheit des Judentums — mehr oder weniger starke Nüancierungen bei den Juden der verschiedenen Länder und Kulturkreise sind ja selbstverständlich — anerkennt. Das ist ein erstaunlich klarer Bruch mit der vom Zentralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens und seiner stumm gehorchenden studentischen Leibgarde so oft verkündeten These, daß die deutschen Juden, ebenso die Juden anderer Länder lediglich eine Religionsgemeinschaft bilden, und daß der Zusammenhang zwischen den Juden der verschiedenen Länder kein anderer ist, als der der in der Welt verstreuten Katholiken, Protestanten und Mohammedaner. Wieviel Dialektik, wieviel erbitterter Kampf mußte gerade in Deutschland aufgewendet werden, um diesen selbstverständlichen Gedanken wenigstens dem intelligenteren Teil unserer durch Parteifanatismus geblendeten jüdischen Gegner klar zu machen. Und Haase bleibt ehrlicherweise bei der Feststellung der objektiven Stammesgemeinschaft nicht stehen, er erkennt auch die subjektive Seite der jüdischen Gemeinschaft und betont, daß der im Deutschtum wurzelnde Jude, der kraft seines Blutes, seiner Tradition, seines Gefühls und seines Willens Jude sei, sein Deutschtum durchaus nicht schädige. In dieser Synthese der jüdischen Gemeinschaft liegt oder kann wenigstens alles liegen, was zum Begriff des wohlverstandenen jüdischen Nationalismus gehört. Das fühlt wohl auch Haase heraus, wenn er sagt, der ganze Unterschied zwischen deutschen Zionisten und Nichtzionisten bestehe eigentlich nur in der Intensität der Empfindungen, mit denen der eine dem Deutschtum, der andere dem Judentum zuneigt. Allgemein gesprochen ist dieser Satz keineswegs richtig; zwischen Haase und den Nationaljuden mag vielleicht nur noch dieser Intensitätsunterschied bestehen, der ja übrigens unter den einzelnen national gerichteten Juden ebenfalls vorhanden ist. Ich will Haase nicht in den Geruch nationaljüdischer Gesinnung bringen, aber er ist uns mit seinem Aufsatz gefährlich nahe gerückt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß Haase in der weiten Welt des Zentralvereins vorläufig noch ein einzelner ist, vielleicht mit kleinem Anhang. Und dem allmächtigen Fuchs ist Haase's gefährliche Gesinnung nicht entgangen. Er schüttelt ihn noch in demselben Heft, in dem Haase's Aufsatz steht, recht kräftig von seinen Rockschößen ab. In der Tat besteht zwischen Fuchs und uns Nationaljuden ebenso wie zwischen

Fuchs und Haase keineswegs nur ein Intensitätsunterschied in den Empfindungen nach der einen oder anderen Seite hin, sondern eine unüberbrückbare Kluft. Denn Fuchs leugnet die Einheit des Judentums. Er empfindet, wie er sagt, den französischen und englischen Juden gegenüber nicht viel anders als gegenüber den französischen und englischen Christen. Fuchs und die um ihn sind eben die typischen und unverfälschten Vertreter derer, die sich für waschechte Deutsche jüdischen Glaubens halten; und alle diejenigen von ihnen — das wird wohl die überwiegende Zahl sein — die dazu noch das typisch Jüdische aus ihrem religiösem Empfinden verloren haben, sind lediglich Juden kraft Eintragung, ihr Judentum ist ein rein formelles. Zu diesen beiden Kategorien, zu denen wir oben vom logischen und ethischen Standpunkte ausführlich Stellung genommen haben, befindet sich Haase im Gegensatze. Ich bin überzeugt, daß die Anschauungen Haase's eine erdrückende Mehrheit im Zentralverein für sich finden, daß weiteste Kreise, die nicht den Mut besitzen, mit dem Zentralverein zu brechen, es geradezu als Erlösung auffassen würden, wenn die von Haase dargelegten Ideen offizielle Geltung im Zentralverein erhielten. Möge die Arbeit Haase's für seine Ideen nicht auf den eben besprochenen Aufsatz beschränkt bleiben. Gerade jetzt muß der Gedanke der Einheit des Judentums auch in der deutschen Judenheit fest verankert werden, damit das deutsche Judentum nicht abseits steht bei der größten Aufgabe, die jetzt uns Juden gestellt ist: Die Neuerrichtung eines jüdischen Palästina. Wie läppisch klingt die zuweilen geäußerte Befürchtung, daß die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina die politische Stellung der Diasporajuden erschüttern könnte. In Palästina kann in absehbarer Zeit nur ein kleiner Teil der Judenheit unterkommen, Millionen von Juden müssen, ob sie wollen oder nicht, im Galuth verbleiben. Mit freudigem Stolz werden sie auf die Kulturpioniere in Palästina blicken, die in erster Linie berufen sind, der Welt zu zeigen, daß wir Juden an Körper und Geist trotz all der Qualen uns gesund erhalten und der Welt noch mancherlei an Kulturgütern zu schenken haben, daß es eine Lüge ist, wenn man uns nur negativ-zersetzende, nicht produktive Fähigkeiten zutraut. Palästina wird das geistige Zentrum der Gesamtjudenheit werden. Die politische Stellung der Diasporajuden wird durch die Neuerrichtung Palästinas nicht im geringsten berührt und darf dadurch nicht berührt werden. Dieser Satz ist der unverrückbare Pol bei der Regelung des Palästinaproblems und der Beziehungen der Diasporajuden zu Palästina. Daran können auch ein paar abweichende ultraradikale Redensarten nichts ändern. Jede Abweichung von dem Satze würde ja dem Zionismus den Resonanzboden entziehen, den er in der Judenheit der gesamten Welt hat und haben muß.

Der Haase'sche Ideengang hat — das darf um der Wahrheit willen nicht verschwiegen werden — einen wunden Punkt, der allerdings nicht in den von ihm entwickelten Ideen selbst liegt: Dem Willen folgt nicht die Tat. Und doch gibt es gerade hier im Posener Lande die reichlichste Gelegenheit zur Verwirklichung jener Ausgleichsideen. Nicht mit Unrecht weist Haase darauf hin, daß ganze Fragenkomplexe, z. B. das Problem der Volksgemeinde, leicht durch eine Verständigung gelöst werden könnten, wenn man sie ihres grundsätzlichen Charakters entkleidete, der nur zu unfruchtbaren Debatten führe. Diese Gedanken sind nun aber gerade hier in Posen nicht neu. Unermüdlich hat der Jüdische Volksrat darauf hingewiesen, daß in ihm jeder seinen Platz findet, der die geleistete Arbeit billigt und die noch vor uns stehende, weitverzweigte und mühevolle Arbeit unterstützen will; von niemand verlangen wir das ausgesprochene Bekenntnis zum Nationaljudentum. Aber wo ist Dr. Haase und sein Anhang geblieben? Wer die jüdische Gemeinschaft auffaßt wie Dr. Haase und wer die bisher geleistete Arbeit des Jüdischen Volksrats auch nur in großen Umrissen kennt, kann doch nicht etwa immer noch auf dem Standpunkte stehen, daß die spezifischen Interessen der jüdischen Gesamtheit — daß es solche Interessen gibt, wird wohl auch von unseren naivsten Gegnern nicht in Zweifel gezogen werden — von Nichtjuden wahrgenommen werden können oder gar müssen. Trotzdem läßt es die unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Haase stehende Ortsgruppe Posen des Zentralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens nicht nur bei der passiven Resistenz gegenüber dem Jüdischen Volksrat bewenden. Nein, der Jüdische Volksrat wird – wenn auch ohne Erfolg – auf Schritt und Tritt bekämpft. Wie wäre es sonst möglich, daß unsere Gegner in einer öffentlichen politischen Wahlversammlung des Deutschen Volksrats die offizielle Erklärung verlesen lassen, daß sie zwischen sich und den Nationaljuden einen dicken Trennungsstrich ziehen, und das — weil die Deutschnationalen versprachen, ihren Antisemitismus zeitweilig im Interesse der Einheit zurückzustellen. Es wird lange Zeit nicht soviel Gummi herbeigeschafft werden können, um diesen Strich wegzuradieren. Soll ich noch an den Flugblattkampf gegen den Kandidaten des Jüdischen Volksrats für die Posener Stadtverordnetenversammlung erinnern? Soll ich daran erinnern, daß ein im Annoncenteil der Zeitungen erschienener Wahlaufruf, der besagte, daß der Kandidat des Jüdischen Volksrats die Juden ins Ghetto zurückführen wolle, ohne den geringsten öffentlichen Protest unserer Gegner hingenommen wurde? Wenn man mit Dr. Haase der Meinung ist, daß der Unterschied zwischen Zionisten und Nichtzionisten lediglich ein Unterschied in der Intensität der Empfindungen nach der einen oder anderen Seite hin ist, dann versündigt man sich, wenn man dieses Treiben auch nur durch bloßes Geschehenlassen und Schweigen billigt; das ist bestimmt nicht der Weg zur Versöhnung und Verständigung. Es gibt hier nur eine bereits als stabil erwiesene Brücke zur Einigung: den Jüdischen Volksrat. Er ist die Basis, auf der die Judenschaft des Posener Landes sich in ihrem urwüchsig-natürlichen Sinn, ohne viel zu theoretisieren, zusammengefunden hat, er bleibt die Basis, zu der sich auch noch der kleine Rest der Outsider finden wird.

Dr. Paul Chone.

Fünf Monate Jüdischer Volksrat.

Tätigkeitsbericht, erstattet auf der Provinzial-Tagung des Jüdischen Volksrats Posen am 9. April 1919 von Rechtsanwalt Dr. Max Kollenscher.

Meine Damen und Herren!

Der Bericht, den ich Ihnen zu erstatten habe, umfasst nur einen Zeitraum von 5 Monaten; trotzdem wird er Ihnen eine Fülle von Mühe und Arbeit, von überstandenen Sorgen und Zweifeln verraten. In einer ausserordentlich schweren Zeit haben wir unsere Arbeit begonnen, unter ganz veränderten Umständen. Wir haben zum ersten Male in unserem Lande eine eigene jüdische Landespolitik eingeleitet. Früher kannte man dies bei uns nicht. Die Juden hatten ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in der allgemeinen Politik nicht in einem eigenen Verbande wahrgenommen, sondern sich den Parteien angeschlossen, von denen der Einzelne die beste Wahrnehmung seiner Interessen erwartete. Als wir auf den Plan traten, haben wir diese Tradition beseitigt. Wir haben zum ersten Male in Posen eine jüdische Organisation geschaffen, um in die öffentlichen politischen Verhältnisse einzugreifen, um die jüdische Partei zu bilden, die in der Landespolitik die Interessen der jüdischen Gesamtheit zu vertreten hat. Wir haben mit dieser Tätigkeit nicht erst am Tage der Revolution begonnen. Schon zu der Zeit, als in Berlin Prinz Max von Baden die Erklärung abgab, dass das Deutsche Reich Waffenstillstand schliessen und die bekannten 14 Wilsonschen Punkte zur Grundlage von Friedensverhandlungen machen wolle, als hierauf von polnischer Seite die Forderung ausgesprochen wurde, dass Posen zu Polen gehören müsse, erschien uns die Notwendigkeit einer jüdischen Organisation gegeben. Schon damals haben wir erkannt, dass, wie sich die Verhältnisse auch entwickeln mochten, wir hier in Posen in eine bedrängte Lage geraten würden, dass wir mit den alten Grundsätzen nicht weiter kommen, dass es unsere Aufgabe wäre, veränderte Politik zu treiben. So haben wir uns schon im Oktober bemüht, die Judenschaft auf der Grundlage eines gemeinschaftlichen Vorgehens zu einigen. Der Versuch, den wir anstrebten, ist damals — Oktober 1918 — nicht gelungen. Die Zionistische Ortsgruppe hatte unter meinem Vorsitz alle in Stadt und Provinz Posen arbeitenden grossen jüdischen Organisationen, soweit sie nicht lediglich der Wohltätigkeit dienen, einberufen, um sie zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschliessen. Ich hatte bei dieser Konferenz die Grundsätze entwickelt, die jetzt die Grundlage der Arbeit des Jüdischen Volksrats bilden, und die Ihnen darzulegen, ich mir noch erlauben werde. Wir fanden damals nicht die allgemeine Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit. Die Judenschaft der Stadt Posen wollte sich nur darin einigen, solche Massnahmen gemeinschaftlich vorzunehmen, die für die Sicherheit von Leib, Leben und Eigentum der Juden erforderlich wären. Gemeinschaftliche Politik zu treiben, lehnte man ab. So scheiterten damals unsere wohlgemeinten Einigungsbestrebungen. Wir standen allein und mussten uns allein auf die Erfüllung der grossen Aufgaben vorbereiten, die wir auf uns einstürzen sahen.

So kam der 9. November, es kam die grosse Umwälzung im Staats- und Völkerleben. Wir erkannten, wohin sie uns führen musste. Die Revolution trug in unserem Lande **keinen sozialistischen, sondern einen nationalen Charakter.** Die bisher unterdrückte Nation wollte zur Herrschaft gelangen; ein nationaler Kampf stand bevor. Wollten wir Juden in diesem Kampfe nicht von der einen Partei gegen die andere ausgespielt, im Kampfe zerrieben werden, so mussten wir selbst, als Juden, auf den Schauplatz treten und unsere nationalen Rechte selbst wahrnehmen. Zu diesem Zwecke und mit dieser Tendenz ist am 9. November der Jüdische Volksrat gegründet worden. Seine Gründer haben insbesondere zwei Grundsätze aufgestellt und vertreten. Der erste ging dahin, dass das **endgültige Schicksal unseres Landes erst durch die Friedenskonferenz bestimmt werden** sollte. Das war in jener ersten Zeit für alle Nationalitäten noch eine Selbstverständlichkeit, ist auch damals von allen Seiten betont worden. Andere sind jedoch im Laufe der Entwickelung von diesem Grundsatz abgewichen. Wir bekennen uns noch heute zu ihm. Er ist die festeste Grundlage unserer Neutralität und unserer Neutralitätspolitik. In den Kampf um die politische Herrschaft, um das Land können wir nicht eingreifen. Wir bleiben auf dem Boden des Rechtes, wenn wir uns auch vor der Macht der Tatsachen beugen müssen.

Der zweite Grundsatz, der uns leiten musste, war der, dass es nicht ausreichen konnte, wenn wir gegenüber der bevorstehenden Umwälzung für die persönliche und rechtliche Sicherheit der einzelnen Juden sorgten, sondern dass wir dazu übergehen mussten, **für die Juden nationale Rechte in Anspruch zu nehmen.**

Aus der Geschichte mussten wir lernen. Auch die Zeit der französischen Revolution bedeutete einen Wendepunkt in der jüdischen Geschichte. Auch damals war man sich darüber klar, dass man es mit dem Gedanken der allgemeinen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht verbinden konnte, die Juden weiter zu unterdrücken. Man nahm den Juden in den Menschheitsbund auf und gewährte ihm persönlich alle Rechte. Aber man zog eine merkwürdige Folgerung. Dem Juden als Person sollten alle Rechte gewährt werden, der Judenschaft als Gesamtheit dagegen sollte jedes Recht versagt bleiben. Wenn man auch diese Zusage hinsichtlich der einzelnen Juden nicht immer beachtete, so wurde doch die Absage der Rechte an die jüdische Gesamtheit genau inne gehalten. Die Judenschaft als solche blieb in jedem Lande rechtlos, sie verfiel der Auflösung. Wollte der Jude die ihm eingeräumten Rechte ausüben, so musste und sollte er sich nur als Bürger des fremden Staates ausgeben, seine jüdische Eigenart zurückstellen, sich assimilieren. Damit ist für das Judentum und die Judenschaft nichts erreicht. Der freie Jude soll der freien jüdischen Gemeinschaft dienen können. **Darum müssen wir in der Zeit der neuen Umwälzung auch der jüdischen Gemeinschaft die Freiheit erkämpfen.** Wir treten in den Kampf für diese Freiheit ein, indem wir die **nationalen Rechte der Juden anmelden.** Die Form, in der die Judenschaft unseres Landes ihre Rechte verlangen und ausüben kann, in der sie neben den anderen freien Nationalitäten ihre Angelegenheiten selbständig regeln kann, ist die **nationale Autonomie.** Indem wir diese Grundsätze aufstellten, haben wir die edlen Lehren Wilsons über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über den Schutz der Minoritäten auf unsere Verhältnisse angewandt.

So konnten wir am 9. November mit einem Plane für unsere Arbeit vor die Oeffentlichkeit treten und bereits am 10. November, dem Tage, an dem unter dem Vorsitz des Arbeiter- und Soldatenrats eine Zusammenkunft aller Berufs-

stände und Nationalitäten zu einer denkwürdigen Sitzung im Stadtverordnetensitzungssaale stattgefunden hat, durfte ich unsere Forderungen nach dieser Richtung hin formulieren.

Diese Grundsätze sind die Grundlage unserer Tätigkeit geworden, sie sind es unverrückt bis zur Gegenwart geblieben und werden voraussichtlich auch die Richtschnur für unsere weitere Arbeit in aller Zukunft bilden müssen. Auf dieser Grundlage haben wir den Versuch unternehmen müssen, die Juden zu sammeln. Denn die **Sammlung der Judenschaft** erschien uns nicht nur notwendig, um gemeinschaftliche Erfolge nach aussen zu erzielen, sondern auch als Selbstzweck. Es geht nicht an, dass die Judenschaft in Parteigruppen zersplittert dasteht. Sie kann nur vorwärts kommen, politisch, religiös, kulturell und wirtschaftlich nur wirken, wenn sie geschlossen vorgeht und wenn der innere Kampf der Parteien aufhört oder wenigstens vor den gemeinschaftlichen Gegnern verstummt. **Deshalb wollen wir eine geschlossene Front schaffen. Unsere Hauptarbeit geht daraufhin, die Judenschaft zusammenzufassen, ein einigendes Band um die Gesamtjudenschaft zu schliessen.** Die Kreise, von denen unsere Gründung ausging, waren zunächst die alten nationalen Richtungen, die Zionisten und die Gesetzestreuen. Ihr Zusammenschluss ist kein Zufall. Die Zionisten haben immer anerkannt, dass das kostbarste Gut des jüdischen Volkes seine Religion ist, sie haben deshalb die Einheit zwischen religiösem und nationalem Judentum stets betont. Die Gesetzestreuen haben immer das jüdische Volk als den Träger der jüdischen Gotteslehre anerkannt und sie haben das Gottesvolk mit uns zu stützen und zu stärken versucht und verstanden. Deshalb war die Einigkeit zwischen diesen beiden Gruppen ohne weiteres gegeben. Es hat kaum einer Anregung bedurft, so fanden sie sich zusammen, sind zusammengeblieben. Sie haben den ersten, festen Block gebildet, auf dem der Volksrat ruht, und die erste Arbeit gemeinschaftlich geschaffen. Auch darüber hinaus haben sich sehr schnell weitere Kreise uns angeschlossen, Kreise, die zu dem Anschluss an uns durch die langen Kriegsjahre vorbereitet waren. Der Krieg hat vielen Juden zum ersten Male den Blick auf das Ostjudentum eröffnet. Wer es nicht schon früher gewusst hat, musste jetzt erkennen, wie drüben Millionen Juden leiden, auf die alle Grundsätze, die unsere Assimilanten anwenden, nicht passen. Es gibt dort Juden, die zwar staatsrechtlich russische oder polnische Staatsbürger wären, sich aber in nationaler Beziehung durchaus nicht als Russen oder Polen fühlen und nichts anderes sein wollen, als nur Juden. Und das hat die Erkenntnis mit sich gebracht, dass es doch Juden gibt, die nichts weiter als Juden sind und dass man dieser jüdischen Volksmasse Rechnung tragen müsse. Diese Ostjuden wollen rein jüdisch behandelt werden, wie sie nur Juden sein wollen. Es musste von dieser Erkenntnis aus sich die weitere Einsicht Bahn brechen, dass es schliesslich möglich ist, dass auch in mehr westlichen Landen Juden existieren, die sagen: „Wir wollen nichts anderes sein als Juden, wir wollen auch in nationaler und kultureller Beziehung nur Juden sein.“ Und diesen Kreisen, die so weit vorgeschritten waren, dass sie wenigstens die Möglichkeit eines nationalen Judentums einsahen, musste die weitere Erkenntnis kommen, dass **wir hier in Posen** in einer besonders bedrängten Lage stehen, dass wir **nicht wissen, wann der Tag kommt, an dem wir mit den Ostjuden eine staatliche Einheit bilden werden.** Sie mussten anerkennen, dass, wie auch immer die Verhältnisse sich gestalten werden, es mit der alten Art nationale Minderheiten zu behandeln, nicht mehr weiter geht, dass der zukünftige Staat hierin — sei es der preussische oder der polnische oder ein besonderer posenscher, — dass jeder Staat, der der Nachfolger des altpreussischen werden sollte, dessen alte Art nicht wird annehmen können. Auch die Juden, die ein nationales und kulturelles Eigenleben führen wollen, dürfen nicht zwangsweise einer anderen Nationalität zugeordnet und unterdrückt werden. Wenn alle Nationen selbständig über ihr Schicksal zu bestimmen haben, wenn allen nationalen Minderheiten die Selbstbestimmung in der Form der nationalen Autonomie einzuräumen sein wird, so müssen auch diejenigen, die bisher nicht Nationaljuden waren, aber für die Zukunft sorgen wollen, zur Erkenntnis gelangen, dass unsere Politik die richtige ist, die diejenigen Juden zusammenschliesst, die nicht deutsche und nicht polnische Interessen, sondern jüdische Interessen mit den Forderungen nationaler Rechte hier im Lande vertreten. Dass es nationale Forderungen und Rechte gibt, dass die jüdische Nationalität besteht, wer möchte das jetzt wohl noch bestreiten! Das jüdische Volk lebt in seinen 15 Millionen Menschen, es reckt sich mächtiger und kraftvoller denn je empor, sein nationales Recht auf Palästina, sein Selbstbestimmungsrecht in allen Ländern wird von den Edelsten und Mächtigsten der Welt anerkannt. Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Kreis derer, die diesen Gedankengang mit uns gemacht haben, kein geringer ist; auf Ziffern werde ich noch zurückkommen. **Diejenigen, die mit uns gegangen sind, haben sich damit keine Treulosigkeit gegen das deutsche Volk zuschulden kommen lassen.**

Meine Herren, wir alle wissen, wie wir zum deutschen Volke stehen. Wir wissen, dass wir mit dem deutschen Volke Sprache und Kultur, Sitte und Gesetz, Wirtschaft und Ordnung teilen. Gerade jetzt, wo das deutsche Volk am Boden liegt, empfinden wir, wie nahe wir ihm verbunden sind. **Das alles aber macht uns nicht unser Volk vergessen, mit dem wir durch unsere Väter verbunden sind, mit dem wir vor Gott und Menschen eine Einheit bilden, das auserwählte Volk.** Auf Grund unsere Politik haben wir es nunmehr soweit gebracht, dass wir die stärkste jüdische Partei in unserem Lande hier sind, über die mächtigste und die kraftvollste Organisation verfügen. **52 Synagogen-Gemeinden haben sich uns angeschlossen.** Wir begrüssen heute ihre Vertreter und auch die Vertreter der wenigen Gemeinden, die sich uns noch nicht angeschlossen haben, und von denen wir hoffen, dass der heutige Tag sie uns näherbringen wird. Wir können mit Freude darauf hinweisen, dass wir gerade in diesen letzteren Gemeinden viele Einzelmitglieder haben, dass uns eine grosse Anzahl von Vertrauensleuten in der Provinz unterstützen. Ueber die Grösse unserer Anhängerschaft in der Stadt Posen gibt die **Stadtverordnetenwahl** die beste Auskunft. **Mehr als drei Vierteile der Posener Judenschaft gehört zu uns. So fühlen wir uns berechtigt, uns vor aller Oeffentlichkeit als die Vertretung der Juden auszugeben.** Sorgen Sie dafür, dass diese Legitimation noch grösser wird. Wir haben unsere Mitglieder nicht durch agitatorische Tätigkeit gewonnen; sie sind zu uns gekommen, weil sie mit den Grundsätzen unserer Politik einverstanden sind. Wir haben die Freude, dass unsere Mitglieder uns nicht nur lose angeschlossen sind, sondern dass sie auch die Parolen befolgen, die wir herausgegeben haben.

Wir haben uns im Laufe der Arbeitszeit in allen wichtigen Fragen an unsere Vertrauensleute gewandt und haben persönlich und schriftlich zu den wichtigsten Fragen der Politik Stellung genommen. Dies haben wir durch Parolen

vor der Nationalversammlung, den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung, den Stadtverordnetenwahlen, durch unsere Stellungnahme zu den wichtigen Wirtschafts- und Schulfragen bewiesen, durch **Rundschreiben,** die Sie alle kennen, und die das Ergebnis eingehendster Beratungen und sorgfältigster Erwägungen waren. Wir können mit Freuden konstatieren, dass unseren Anregungen, Ratschlägen und Weisungen niemals widersprochen worden ist, dass vielmehr unsere Direktiven tatsächlich befolgt worden sind. Wir haben von den Synagogengemeinden, an die wir unsere Rundschreiben geschickt haben, gefordert, dass sie den Inhalt der Schreiben bekanntgeben, z. B. durch Aushang in den Synagogen oder durch den Gemeindeboten, denn sonst wäre der Zweck unserer Bekanntmachung verfehlt. Wir haben immer gebeten, dass uns die Herren aus der Provinz über die Stimmung ihrer Heimat unterrichten und in allen Fragen unsere Ratschläge einholen; wir wiederholen diese Bitte für die Zukunft.

Neben der Zusammenfassung der Juden unseres Landes haben wir immer grössten Wert darauf gelegt, unsere Tätigkeit in **Zusammenhang mit den gesamten jüdischen Interessen** zu bringen, sie der **Einheitspolitik des jüdischen Volkes** anzupassen. Darum sind wir stets bemüht, mit den Stellen des Auslandes in Verbindung zu bleiben, von denen aus einheitlich jüdische Gesamtpolitik getrieben wird. In der Uebereinstimmung mit diesen Stellen haben wir bisher zu unserer Freude einen wichtigen Beweis für die Richtigkeit unserer Politik erblicken können. Mit den Nationalräten des Ostens und den Organisationen in Basel, Warschau, Kopenhagen und Stockholm sind wir in ständiger Fühlung und durch sie über alles unterrichtet, was im jüdischen Leben der Welt vorgeht. Diese Verbindung ist notwendig und nützlich und für die interne Politik von sehr grosser Bedeutung. So viel von unserer organisatorischen und innerjüdischen Arbeit.

Das nächste Ziel unserer Organisation liegt jedoch in der nach aussen gerichteten Arbeit, in der Herbeiführung eines guten oder wenigstens erträglichen **Verhältnisse zu Deutschen und Polen.** Wir müssen im Lande in einem politischen Verbande, wirtschaftlich mit beiden, kulturell neben ihnen leben. Da müssen geregelte Beziehungen bestehen. Sie zu schaffen, hat unser Volksrat übernommen. Die Politik, die wir darin treiben, bringt uns mit beiden Stellen in Berührung, mit Deutschen und Polen. Ueber die Grundlage unserer Stellung habe ich Ihnen bereits Aufschluss gegeben. **Wir lassen die Friedenskonferenz entscheiden und mischen uns in die Machtfragen nicht ein. Im Kampfe selbst, der zwischen Deutschen und Polen geführt wird, sind wir neutral.** Wir können dies sehr gut durchführen, denn man weiss von uns, dass wir als Juden niemals Anspruch auf das streitige Objekt des Kampfes erhoben. Wir haben aber auch in vergangenen Jahrzehnten unsererseits nicht mitgewirkt, um die Atmosphäre von Hass und Erbitterung zu schaffen, durch die jetzt der Kampf verschärft wird. Man weiss, dass wir als Juden niemals hakatistisch gewesen sind, dass wir stets die nationalen Rechte sogar der Minderheit — geschweige denn der Mehrheit — anerkannt und die Unterdrückungsmassnahmen gemissbilligt haben, wie wir selbstverständlich im polnischen Staate eifrige Verfechter auch der deutschen nationalen Minderheit sein würden. Daraus ergeben sich unsere Beziehungen zu den kämpfenden Parteien.

Die Deutschen sind im **Deutschen Volksrat** organisiert, er ist etwas später entstanden als wir. Als wir nach dem 9. November in dem Vorzimmer des Soldatenrats standen, da trafen wir mit einigen deutschen Herren zusammen; wir haben sie erst darauf hingewiesen, dass sie sich auch eine Organisation geben müssten. Ob auf unsere Anregung die Tat zurückzuführen ist, das wissen wir nicht. Unser Volksrat ist jedenfalls der ältere, an uns haben die deutschen Herren gesehen, wie man sich organisieren muss. Wir haben mit dem deutschen Volksrat gute Beziehungen unterhalten. Es gab einige Fragen, in denen wir gemeinschaftlich beraten haben, um einheitlich vorzugehen. So haben unsere Bürgerwehren gemeinsam für die Sicherheit in der Stadt bei den Wahlen zur deutschen National- und zur preussischen Landesversammlung gesorgt. In andern Fällen ergab sich ein gemeinsames Nebeneinanderarbeiten von selbst. Wir sind dann bei der **Stadtverordneten-Wahl** auseinander geraten und zwar aus dem Grunde, weil hierbei die **deutsche Politik hakatistisch und antisemitisch betrieben wurde.** Hätte es der Deutsche Volksrat den deutschen Parteien überlassen, ihrerseits vorzugehen, so hätten wir voraussichtlich auch unseren Wählern die gleiche Parole gegeben. Nachdem aber eine deutsche Einheitsliste aufgestellt war, konnten wir uns zu dieser Liste nicht verstehen. **Die deutsche Einheitsliste bedeutet den geschlossenen Kampf gegen das Polentum, bedeutet den hakatistischen Block.** Wir mussten erkennen, dass wir keinen Anspruch auf Neutralität mehr erheben durften, wenn wir uns diesem Block anschlossen. Wir konnten aber auch unseren Juden nicht zumuten, Antisemiten zu wählen. So gingen unseren Tendenzen auseinander; wir haben den richtigen Weg gewählt und gefunden; dass wir Recht hatten, das hat man am Ergebnis der Wahl ja gesehen. Wir haben uns in diesem Falle vom Deutschen Volksrat getrennt. Das schliesst nicht aus, dass wir in Zukunft wieder manches gemeinschaftlich tun können.

Zu der deutschen Regierung in Berlin haben wir Beziehungen. Die deutsche Regierung hat, so oft sie in Posen in die Verhältnisse eingegriffen hat, uns zugezogen. Als am **30. und 31. Dezember die Minister Ernst und Göhre** usw. in Posen zu Verhandlungen weilten, ist der Jüdische Volksrat zugezogen worden. Wir haben uns an den Konferenzen beteiligt und haben unseren Standpunkt klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir haben unseren Wunsch um **nationale Autonomie** betont und insbesondere die **jüdische Schule verlangt.** Bei mehrfachen Verhandlungen über Waffenstillstand usw. sind wir von deutscher Seite hinzugezogen worden. In den letzten Tagen haben wir wieder ein Zeichen des Vertrauens von der deutschen Regierung erhalten. In Berlin tagen die Vorberatungen für die Friedenskonferenz. **Wir sind am 6. April durch ein Telegramm eingeladen worden, Vertreter nach Berlin zu entsenden, um als jüdische Sachverständige unsere Ansichten über die Lage und die Forderungen der Juden in der Provinz Posen dort mitzuteilen.** Wir bemühen uns gegenwärtig, die Erlaubnis zur Reise zu erhalten. Unmittelbar nach Eingang der Erlaubnis werden 2 Herren von uns sich auf die Reise nach Berlin machen.*) Sie sehen daraus, dass wir mit den Deutschen im Einvernehmen stehen. Sie können daraus erkennen, wie wenig es auf Wahrheit beruht, wenn andere jüdische Kreise glauben, uns bekämpfen zu können, indem sie erklären, wir verletzten die Interessen des Deutschtums. **Wir sind dazu da, jüdische Interessen wahrzunehmen, aber wir werden uns nie dazu hergeben, deutsche Interessen zu schädigen.**

Nun zu der anderen kämpfenden Partei, zu den Polen. Mit den Polen haben wir frühzeitig zu verhandeln angefangen, natürlich, ohne uns in unserer Stellung irgend etwas

*) Die Reiseerlaubnis ist von der Nazelna Rada Ludowa verweigert worden.

zu vergeben. Wir haben zuerst in den ersten Tagen des Monats Dezember mit Herrn Korfanty Rücksprache genommen. Das Ergebnis kann ich als bekannt voraussetzen. Es ist nicht von unserer Seite, sondern von polnischer Seite niedergelegt in der Erklärung vom 13. Dezember 1918, die mehrfach in den „Mitteilungsblättern" zum Ausdruck gebracht worden ist. Diese Erklärung sichert den Juden Rechte zu, und zwar die Gleichberechtigung auf allen Gebieten, die Grenzfreiheit, Sicherheit, darüber hinaus die **Berücksichtigung der jüdischen Eigenart in allen staatlichen Betrieben.** Die Erklärung ist in besonders feierlicher Form abgegeben, sie trägt die **persönlichen Unterschriften aller Mitglieder des Kommissariats der Naczelna Rada Ludowa.** Sie entspricht nicht dem, was bei der Konferenz mit Herrn Korfanty von den Juden verlangt worden ist. Es ist bei der ersten Unterredung Herrn Korfanty kein Zweifel gelassen worden, dass die Juden, die sich in polnischen Gebieten befinden, die Forderung nationaler Autonomie erheben. Die Polen haben das nicht zugesagt. Als der Brief vom 13. Dezember bei mir eingegangen war, wurde ich von Herrn K. angerufen, er fragte mich, ob ich mit dem Inhalt zufrieden sei. Ich habe erwidert, das sich in der Erklärung nichts von nationaler Autonomie finde. Ich wurde auf die Worte: „Berücksichtigung der Eigenart der Juden" gewiesen und es wurde mir bedeutet, dass darunter die nationale Autonomie verstanden werde. Dass das den wissenschaftlichen Grundsätzen entspricht, möchte ich allerdings bezweifeln. Immerhin geht die Zusicherung der Berücksichtigung der Eigenart der Juden über das hinaus, was man sonst Gleichberechtigung nennt. Wenn man schon die Eigenart einer Bevölkerungsklasse berücksichtigt, tut man mehr, als wenn man sie nur gleichberechtigt stellt. Indem man auf ihre Eigenart Rücksicht nimmt, behandelt man sie bevorzugt, man anerkennt die Verschiedenheit, gewährleistet ihren Fortbestand und verspricht trotzdem gleiche Rücksichtnahme in allen staatlichen Angelegenheiten. Grossen Wert haben wir auf diese Erklärung nicht gelegt. Aber immerhin, **wenn wir sie auch nicht als eine magna charta libertatum aufnehmen konnten, so hat sie uns doch in der praktischen Kleinarbeit häufig wertvolle Hilfe geleistet.** Mancher kleine Machthaber auf dem Lande ist stutzig geworden, wenn wir auf diese Erklärung hinweisen konnten, manches Unrecht ist dadurch beseitigt worden. Die Erklärung hat uns auch insofern genützt, als wir durch sie eine gute Einführung bei den politischen Stellen der Polen hatten, und dass wir auf Grund dieser Einführung leichter zu Verhandlungen kommen konnten.

Es kam die zweite Revolution in den letzten Dezembertagen 1918 mit ihren ungeheuer grossen Schrecken für die Stadt Posen, insbesondere für die Juden. Diese Tage haben die Notwendigkeit eines gewissen jüdisch-polnischen Zusammenarbeitens ergeben. Es drangen in die allgemeine Presse Nachrichten über Misshandlungen von Juden hier in Posen, die einen pogromartigen Charakter tragen sollten. Die Polen befanden sich darüber in einer grossen Erregung und baten uns, diese Erklärungen zu berichtigen. Von unserer Seite musste zugegeben werden, dass diese Tage Pogromartiges in Posen nicht gebracht haben, dass der dahin gerichtete Vorwurf unbegründet war. Andererseits lagen gegen die nichtpolnische und insbesondere gegen die jüdische Bevölkerung eine Anzahl von schweren Ausschreitungen vor, denen unser Freund Georg Matthias mit dem Tode zum Opfer gefallen ist. Wir haben hiergegen unsere Stimme erhoben und Untersuchung verlangt. Sie ist uns ebenso zugesagt worden wie Zuziehung unserer Kommission. Wenn wir hinsichtlich der Frage der Pogrome den Polen eine Berichtigung gegeben haben, so konnten wir das nicht nur mit unserem Gewissen sehr wohl vereinbaren, sondern waren im Interesse der Wahrheit dazu gezwungen. Wir haben dementsprechend in jenen Tagen **mit der Rada Ludowa eine Erklärung vereinbart, die zur allgemeinen Beruhigung beigetragen und, an den Strassensäulen verbreitet, schlimme Folgen verhindert hat.** Sie hat tatsächlich dazu geführt, dass die Gemüter sich beruhigt haben. Wir haben gerade in diesen Tagen für die bedrohte Sicherheit der Stadt Posen sorgen müssen und gesorgt. Als einige Wochen später wieder Haussuchungen vorgenommen worden, war auf unseren Antrag jeder Kommission ein Jude beigegeben. Der Schreck dieser **Haussuchungen** schwand, als wir sagen konnten, dass sie nur dann vorgenommen werden durften, wenn ein Jude bei der Kommission zugegen war. Diese Zusage wurde uns von den Polen gehalten, und es gab keine Behelligungen mehr. Wir haben damals im Zusammenhang hiermit erlangt, dass bei den **Standgerichten auch Juden, die der polnischen Sprache mächtig sind, als Richter mitwirken.**

Von den ersten Tagen im Januar d. Js. an haben wir uns mit der Geissel- und Kontributionsfrage beschäftigt. Es sind vom Beginn der Feindseligkeiten an an verschiedenen Orten insbesondere an der Kampfzone auch Juden als Geisseln eingezogen worden. Wir haben zunächst in einzelnen Fällen einzugreifen versucht. Am 30. Januar 1919 ist sodann **mit der Naczelna Rada Ludowa ein Abkommen vereinbart worden, worin uns zugesichert worden ist, dass die uns angehörenden jüdischen Kreise, also die auf neutralem Standpunkt stehenden Juden, nicht als Geisseln genommen werden sollten und dass Kontributionen und Strafgelder nicht genommen werden sollten.***) Wir waren auf diese Abmachungen sehr stolz, mussten aber zu unserem Befremden wahrnehmen, dass sie nicht immer innegehalten wurde. Die Durchführung scheiterte zumeist an dem Willen der Obersten Heeresleitung, die in militärischen Dingen der N. R. L. nicht unterstellt ist. Durch diesen Gegensatz zwischen Oberstem Volksrat und Oberster Heeresleitung war unsere Arbeit sehr erschwert. In einer Unterredung am 31. März bei Herrn v. Plucinski, dem Vertreter des Herrn Abgeordneten Korfanty, haben wir im allgemeinen die Frage der Geisseln und Internierungen zur Sprache gebracht. Herr v. P. erklärte, dass die N. R. L. unbedingt auf dem Boden der Erklärung vom 30. Januar stehe und dass nur diejenigen Juden als Geisseln genommen werden könnten, die sich etwas haben zuschulden kommen lassen, oder die aus irgend welchen militärischen Notwendigkeiten heraus interniert werden müssen. Der rein rechtliche Begriff ist hierbei allerdings nicht richtig angewandt. Geisseln sind begrifflich unschuldig. Insoweit ist uns auch wiederholt Befreiung jüdischer Geisseln zugesagt. Wir haben eine Zusammenstellung aller jüdischen Internierten eingereicht zur Vornahme einer Prüfung, ob sich die Geisseln in speziellen Fällen haben etwas zuschulden kommen lassen. Sofern dies nicht der Fall ist, soll ihre Freigabe befürwortet werden. Meine Herren, wir sind auf dem Gebiete der Geisseln und Kontributionen sehr in Anspruch genommen worden, und wir halten es für selbstverständlich, dass alle Anmeldungen von Geisseln an uns ergehen. Wenngleich wir theorethisch die besten Erfolge zu verzeichnen haben, so sind sie praktisch oft weniger gut ausgefallen. **Immerhin sind in vielen Einzelfällen durch unsere Vermittelung Befreiungen in sehr vielen Erleichterungen erzielt worden.** So ist es uns hier dieser Tage gelungen, durch Austausch eine

*) Vergleiche Rundschreiben vom 31. 1. 1919 „Mitteilungsblatt", Seite 24.

Anzahl Juden aus Schildberg aus der Internierung zu befreien. Deshalb müssen wir darauf bestehen, dass alle Fälle von Internierungen und Kontributionen uns gemeldet werden. **Wir sind einmal die anerkannte Zentralstelle und werden unsere Pflicht tun.** Misserfolge können unseren Eifer nicht lähmen.

Wir haben in letzter Zeit noch zwei besondere Gebiete in Arbeit genommen: erstens haben wir uns darum bemüht, Ausweisungen zu verhindern. Es ist uns von Gnesen mitgeteilt worden, dass Juden aus Russisch-Polen, die jahrelang in Gnesen wohnen, und gegen die nichts vorliegt, jetzt plötzlich Ausweisungsbefehle bekommen haben. Der polnische Volksrat hat erklärt, dass solche Ausweisungen nicht von der Zentralstelle ausgehen.*) Wir sind fernerhin darauf gebracht worden, dass eine Tätigkeit möglich wäre auf dem Gebiete der vorzeitigen Rückerlangung von Kriegsgefangenen. Wir haben deshalb alle Gemeinden aufgefordert, uns schnellstens die ihnen bekannten jüdischen Kriegsgefangenen mit genauer Adresse mitzuteilen.

So, meine Herren, sehen Sie, dass wir uns bemüht haben, die Grundlage für unsere Rechte zu schaffen. Wir sind in unseren Ansprüchen nicht zurückgegangen; wir haben die Forderungen, die wir am ersten Tage aufgestellt haben, aufrecht erhalten. Wir haben uns bemüht, da tätig zu sein, wo jüdische Interessen auf dem Spiele standen. Wir haben nicht immer praktisch erreicht, was uns zugesagt worden ist. Wir dürfen aber nicht entmutigt dastehen, wir müssen bedenken, dass erst 5 Monate hinter uns liegen, dass die Verhältnisse noch ungeklärt sind. Man muss es der polnischen Regierung zugute halten, dass sie Kriegsmassnahmen treffen muss. Andererseits müssen wir uns vor Augen halten, dass unsere Erfolge nicht gering sind, dass schon etwas an dem Ziele erreicht ist, zu dessen Verwirklichung wir unaufhörlich arbeiten müssen — an den Rechten des jüdischen Volkes.

Unsere nach auswärts gerichtete Politik geht dahin, Aufklärung über unsere Ziele und Bestrebungen zu schaffen, Sympathien zu erwecken und uns dadurch Unterstützung und Hilfe zu schaffen. So haben wir das **„Mitteilungsblatt"** geschaffen, das unseren Ideenkreis populär zu machen hat. Unser Blatt ist bekannt geworden und hat uns die Möglichkeit geschaffen, unserer Stimme in der Welt Gehör zu verschaffen. Alle unsere Wünsche haben wir zum Ausdruck gebracht; das haben wir insbesondere im Sonderheft getan. **Als die Entente-Kommission hier in Posen war (am 15. März), hatten unsere Vertreter Gelegenheit, bei ihr Vortrag zu halten. Wir haben die Gewissheit dass unsere Wünsche an zuständiger Stelle gehört werden.**

*) Inzwischen ist durch unsere Tätigkeit der Aufschub der Ausweisungen gesichert.

Meine Herren, ich bin am Schlusse meines Tätigkeitsberichtes; ich habe mich bemüht, einen Ueberblick zu geben und ich glaube, Sie werden mir Recht geben, wenn ich am Anfang gesagt habe, dass unsere Arbeit schwierig und umfangreich ist. Was wir erreichen konnten, ist nur erreicht worden, weil uns stets ein einheitliches Prinzip beherrscht hat. **Wir haben uns um die Landespolitik kümmern müssen — nicht aus Liebhaberei, sondern weil es geboten war, dass die Juden hier ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.**

Was wir mit unserer Landespolitik erstreben, ist, den Juden in Posen, die ein bodenständiges Element der Bevölkerung bilden, ein erträgliches Los zu bereiten, sie in geordneten wirtschaftlichen Positionen zu erhalten, ihnen die Möglichkeit zu gewähren, ihre Religion, Kultur und Eigenart zu pflegen, an den bedeutsamen Aufgaben der jüdischen Gesamtheit sich zu beteiligen und an den grossen Fragen der Menschheit mitzuarbeiten. **Wollen wir deshalb einen Staat im Staate?** Nein, daran wird nicht gedacht. Die Juden sind überall gute Staatsbürger — die besten da, wo man sie am freiesten behandelt. **Wo sie in grösseren Massen siedeln** — und das wird in Posen der Fall sein —, **und wo sie es in ihrer Mehrheit verlangen — das ist bei uns der Fall — müssen sie nationale Autonomie verlangen.** Wollen wir deshalb in Posen ein **Judaeo-Polonia errichten?** Das ist noch niemandem eingefallen und kann uns am wenigsten jetzt in den Sinn kommen, wo unsere Forderungen auf eine staatliche Selbständigkeit in Palästina sich der Erfüllung nähern. **Aber freie Bürger wollen wir im freien Staate sein.** Und wenn wir wieder einmal aus einem Mizrajim nach Erez Israel ziehen, so wollen wir nicht als Knechte, sondern als Freie in aufrechter Haltung ausziehen. Dann wollen wir Liebe und Treue den Ländern bewahren, in denen wir unser und ihrer würdig nach den edlen Grundsätzen Wilsons in Freiheit gelebt haben.



Eröffnung der jüdischen Schule.

Der Jüdische Volksrat hat von Beginn seiner Tätigkeit an sich um die Gründung eines jüdischen Schulwerks, insbesondere um die Errichtung einer jüdischen Schule in Posen bemüht. Der erste an die Schuldeputation der Stadt Posen gerichtete Antrag auf Zulassung einer jüdischen Schule in Posen ist abgelehnt worden. Auf die dagegen an die Schulabteilung der Posener Regierung gerichtete Beschwerde ist nachstehender Bescheid vom 5. April d. J. eingegangen:

Regierung II. Posen, den 5. April 1919.

Durch die Ober-Präsidial-Verfügung vom 25. Januar d. Js. haben auch die unter uns wohnenden Juden das Recht auf eigene konfessionell jüdische Schulen erhalten. So auch in der Stadt Posen, und ist in dieser Hinsicht der Beschluss der städtischen Schuldeputation vom 8. März 1919, welcher sich grundsätzlich gegen eine jüdisch konfessionelle Schule wendet, unzulässig und hinfällig.

Sofern der jüdische Volksrat es nachweist, dass mit dem neuen Schuljahr anfangs Mai, mindestens 40 schulpflichtige Kinder die jüdisch-konfessionelle Schule werden besuchen wollen, so ist hierzu eine Schulklasse mit jeder nötigen Ausstattung und Unterhaltung herzugeben, und in erster Linie der Lehrer Brzezinski mit der Leitung dieser Schule zu betrauen. Werden mehr als 40 Kinder zusammenkommen, so wird die jüdische Schule als eine zweiklassige mit zwei Lehrkräften einzurichten sein. Wir sehen Ihrem diesbezüglichen Berichte entgegen, wie die Schule, betreffend Räume, Lehrer, Unterrichtsplan und Unterrichtsstoffverteilung eingerichtet und versorgt sein soll.

An den Magistrat, Schuldeputation Posen.

gez. Suchowiak.

Bevor durch diesen Bescheid die Eröffnung der jüdischen Schule in Posen zu Beginn des neuen Schuljahres gesichert erschien, hatte es der Vorstand der Synagogen-Gemeinde zu Posen für nötig befunden, seine Bedenken gegen dieses Schulwerk bei der Naczelna Rada Ludowa zum Ausdruck zu bringen. Im Hinblick auf diese Eingabe des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde sind gewisse Verzögerungen in der Hergabe der Schulräume entstanden. Der Protest der Gemeinde hat es auch bewirkt, dass der Fortbestand der Schule von der Behörde an die Bedingung der zukünftigen Zustimmung der Naczelna Rada Ludowa geknüpft ist.*) Immerhin ist die Schule eröffnet und zwar mit etwa 50 Kindern, die auf die beiden untersten Klassen verteilt sind. Die Eröffnung hat mit Beginn des Schuljahres am 1. Mai vormittags 9 Uhr in den Räumen Kl. Gerberstrasse 11 stattgefunden. Zu genannter Zeit waren dort die Schulkinder und eine grosse Anzahl von Eltern versammelt. Herr Lehrer Brzezinski eröffnete die kleine Feier mit einer Ansprache, in der er seiner Freude über die Gründung einer jüdischen Schule in Posen Ausdruck verlieh, und hervorhob, dass die Namen Calvary, Galland und Kollenscher in der Geschichte der Schule unvergesslich bleiben werden. Er dankte den Leitern des jüdischen Volksrats für ihre Mühe und Ausdauer, den Eltern für das Vertrauen, das sie der Schule entgegenbringen. Darauf richtete Herr Gemeinderabbiner Dr. Freimann einige herzliche Worte an Eltern und Kinder und wies besonders auf das religiöse Moment hin, das für den Geist dieser Schule so wichtig und kostbar ist. Herr Brzezinski sprach darauf noch einmal zu den Kindern, indem er ihnen in Form eines Märchens ihre Pflichten klar legte.

Wir erblicken in der Eröffnung dieser Schule den Beginn eines umfassenden jüdischen Schulwesens für Stadt und Provinz Posen und betrachten deshalb den 1. Mai als einen denkwürdigen Tag in der Geschichte des jüdischen Lebens im Posener Lande.

*) Die Zustimmung ist am 16. 5. 19 eingegangen.

Statt, wie zu erwarten stand, sich wenigstens vor der Macht der Tatsache zu beugen und eine nunmehr bestehende jüdische Einrichtung, die den höchsten und edelsten Zwecken des Judentums, der Verbreitung der Lehren, gilt, zu dulden, hat der Vorstand der Synagogen-Gemeinde Posen es für zweckmässig erachtet, seinen Widerspruch den Behörden gegenüber nochmals in Erinnerung zu bringen. Wir müssen dieses Verfahren umsomehr geisseln, als die jüdische Schule in Posen sowohl wie das gesamte Schulwesen, dessen Gründung wir beabsichtigen, sich nur auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufbaut. Niemand soll gezwungen werden, seine Kinder in unsere Schule zu schicken; jedem sollen andere Lehranstalten offenstehen. Wenn, trotzdem diese Grundsätze vielfach öffentlich bekannt gegeben wurden, der Vorstand der Synagogen-Gemeinde die jüdische Schule zu unterdrücken bemüht ist, so handelt er gegen die anerkannten Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit. — Die sämtlichen Schuleltern haben dem Vorstand darauf die gebührende Antwort erteilt. Sie haben von ihm, der doch auch ihre Interessen zu vertreten hat, die Rücknahme des Widerspruches verlangt. Der Vorstand wird sich diesem Verlangen der Gemeindemitglieder, die in ihren die Erziehung ihrer Kinder betreffenden Angelegenheiten von der Synagogengemeinde doch keinesfalls geschädigt werden dürfen, und über die sich der Vorstand auch nicht als ungerufener Ratgeber und unbestellter Vormund aufwerfen darf, nicht entziehen können.

Wie aber auch die Entscheidung des gegenwärtigen Vorstandes ausfallen wird — wir haben zu seinem durch »Liberalismus« geblendeten Verständnis für jüdische Angelegenheiten kein Vertrauen — der Bestand der jüdischen Schule ist gesichert. Die Verordnung des Oberpräsidenten, die konfessionelle Schulen anordnet, ist bestehendes Recht — auch für die Juden. Die Naczelna Rada Ludowa kann und will — das wissen wir — von diesem Prinzip nicht abweichen.

Neue Aufgaben.

Auf seine erste Bezirkstagung kann der Posener Volksrat mit Befriedigung zurückblicken. Sie war ein imponierendes Vertrauensvotum der Juden unserer Provinz; sie war darüber hinaus ein klarer Beweis für die Notwendigkeit seiner Existenz. Darüber besteht wohl kaum noch eine Meinungsverschiedenheit, dass wir Posener Juden durch die umwälzenden Ereignisse der letzten Monate, unserer politischen Geltung beraubt, nur mehr Objekte der Gesetzgebung und recht passive Objekte der wirtschaftlichen Entwickelung geworden sind. Was auf Grund dieser Einsicht innerhalb des Volksrats an positiver Arbeit geleistet worden ist, verdient die dankbarste Anerkennung. Die Erwartung ist berechtigt, dass auch fernerhin der Volksrat gegen jede Rechtsverkürzung den Juden gegenüber Stellung nehmen und unsere berechtigten Ansprüche mit der gleichen Würde wie bisher vertreten wird. So wird der Volksrat nicht nur eine, sondern die Organisation zur Verteidigung der Rechte der Juden im polnischen Staate werden.

Hiermit erweitert sich für ihn der Rahmen seiner Aufgaben ganz erheblich im Hinblick auf die weit zahlreicheren Ostjuden in Kongress-Polen und Galizien. Sie werden nunmehr voraussichtlich auch in staatsrechtlichem Sinne unsere Volksgenossen und die Sorge um sie muss uns ein tiefes Herzensanliegen sein. Unsere östlichen Brüder sind bisher noch nicht von den wärmenden Strahlen der Gleichberechtigung, nicht einmal der papiernen, beschienen worden; ihre politischen Rechte waren unter der zaristischen Regierung und auch unter Oesterreich so eingeschränkt, dass wir in ihnen die wahren Träger des Golus in seiner erschütternden Wirklichkeit zu sehen haben. Es ist bekannt, dass ihr Wohnrecht auf bestimmte Rayons beschränkt war, dass sie nicht berechtigt waren, Land zu erwerben, dass der Zugang zu vielen Berufen ihnen versagt war, dass sie dadurch wirtschaftlich auf eine Stufe herabgedrückt wurden, die erheblich unter dem normalen Existenzminimum lag, sodass dadurch eine tiefe Verelendung der grossen Massen eintreten musste. Wir haben von der Zukunft auch nichts Besseres für die Ostjuden zu erwarten; denn die antisemitischen Ausschreitungen seitens der Polen sind bekannt. Sie lassen jede Befürchtung zu, wenn nicht sofort in die Verteidigung der Rechte der polnischen Juden eingetreten wird.

Der vom Volksrat ausgearbeitete und der Entente-Kommission übergebene Entwurf einer autonomen Gesetzgebung für die Juden Polens stellt im grossen und ganzen die Linie dar, auf der sich die Forderungen für die Ostjuden zu bewegen haben. Ob und inwieweit dem berechtigten Anspruch

auf autonome Entwickelung auf der Friedenskonferenz entsprochen werden wird, muss abgewartet werden. Wie aber auch das Schicksal dieser Forderungen sein mag, wir können nicht darauf verzichten, für eine menschenwürdige Behandlung von 3 Millionen unserer Glaubensbrüder, für ihre politischen Rechte, wie für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse mit unserer ganzen Kraft zu kämpfen.

Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem mit unseren Brüdern im Osten Fühlung zu gewinnen suchen, nicht als Kulturträger, denn nur ihre äussere Kultur ist niedriger als die unsere, sondern in dem brüderlichen Wunsche, ihnen näher zu treten und ihnen zu helfen. Wir müssen ihnen die Wege zu einer zielsicheren Organisation zeigen, müssen ihnen Einsicht gewähren in die Glieder unserer zur Verteidigung unsere Rechte geschaffenen Organe und Verbände, müssen durch Austausch der Gedanken uns gegenseitig befruchten und müssen die Ueberzeugung in ihnen wecken, dass der organisierte Kampf ums Recht eine sittliche Pflicht der Gemeinschaft ist, und dass wir diesen Kampf brüderlich mit ihnen zusammen führen wollen.

Eine unerlässliche Vorbedingung hierfür ist aber — darüber besteht wohl kein Zweifel — eine völlige berufliche und soziale Umschichtung. Ist eine solche schon bei uns, den westpolnischen Juden, dringend erforderlich, um wieviel mehr wird sie bei einer Massensiedelung dringliches Gebot, wo Millionen Juden, wie in Kongress-Polen und Galizien auf verhältnismässig engem Raum zusammenwohnen. Freizügigkeit, das Recht auf Landerwerb und die Besiedlung des Landes mit Juden, die Erziehung der Juden zu körperlicher Arbeit und zum Handwerk sind in erster Linie anzustreben. An vorhandene Ansätze wird hier zweckmässig angeknüpft werden können. Gelingt es, diesen Plan in grösserem Umfange zu verwirklichen, so werden dadurch nicht nur viele Vorurteile beseitigt; auch in den Juden selbst wird die Liebe zur Heimat und die Bodenständigkeit vertieft; sie werden allmählich als wertvolle Bürger ihres Staates anerkannt werden und sie werden selbst ein erhöhtes Bewusstsein ihrer Staatszugehörigkeit gewinnen.

Trotzdem wird mit einer starken Abwanderung nach dem Westen zu rechnen sein. Da ergibt sich wieder für uns westpolnische Juden die Aufgabe, die erste Welle der Auswanderer hier aufzufangen und durch eine sorgfältige Organisation den Strom in die geeigneten Kanäle zu leiten. Es muss in Posen eine Einwandererzentrale gegründet werden, durch welche die zuwandernden Ostjuden beraten, in der ihnen die Ortschaften und Gegenden nachgewiesen werden, in welchen sie Niederlassungsmöglichkeiten finden. Hierfür werden in erster Linie die Städte und Gemeinden der Provinz Posen selbst in Frage kommen. Sie können durch den Zustrom aus dem Osten neue Belebung und Förderung erfahren, auch wenn sie ihn anfangs mit nicht ungemischter Freude empfangen dürften. Die Vorurteile werden schwinden, sobald die Zuwandernden sich als fleissige, brave Leute erweisen werden, die nicht der Gemeinde zur Last fallen, sondern unter günstigeren äusseren Verhältnissen ihr Brot finden wollen.

Nicht minder wichtig wird die Begründung einer Auswanderer-Beratungsstelle sein. Es kann nicht ausbleiben, dass grössere Massen nach den westlichen Ländern oder nach Palästina, dem Lande, das sie mit der Seele suchten, auswandern. Nichts wäre verhängnisvoller, als eine planlose Auswanderung, sie würde das Elend nur vergrössern. Straffe und zielbewusste Organisation der Auswanderung nur kann den Heimatlosen eine sichere Heimstätte, den Bedrückten eine frohe Zukunft sichern. Nur eine Organisation, die in den aufnahmebereiten Einwanderungsländern ihre korrespondierenden Zweigstellen hat, kann den Juden, die auswandern müssen, wirkliche Hilfe bringen; nur sie kann ihnen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten schaffen, nur sie kann ihnen Ansiedelungsgelegenheiten nachweisen.

Gelingt es dem Volksrat, das Hilfswerk an unsern Brüdern im Osten sowohl durch wirksame Hilfe in ihrem Kampfe um ihr Recht im Innern des Landes, als auch durch treue Beratung bei ihren Ansiedelungs- und Auswanderungsbestrebungen zu organisieren, so würde er damit zu der segensvollsten jüdischen Organisation sich auswachsen können und den Dank aller Juden des Weltalls hierfür ernten.

Alle aber, die an dieser grossen Aufgabe mitzuarbeiten berufen sein werden, mögen erfüllt sein von dem Geist des Dichterwortes:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr;
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben;
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen!"

Alfred Marcus, Pinne.



Zur Ostjudenfrage.

II. Posen als Siedlungsland.

Die Provinz Posen ist ein überwiegend agrarisches Land. Von ihrer Gesamtfläche von 28992 qkm werden 75 % landwirtschaftlich genutzt. Sie ist Ueberschussgebiet, besonders für Brotgetreide, Futtermittel, Kartoffeln und Zucker. Der Grossgrundbesitz, worunter Betriebe mit mehr als 100 ha Anbaufläche verstanden werden, nimmt noch heute fast die Hälfte der gesamten Wirtschaftsfläche ein. Seine Verringerung durch Schaffung von deutschem Bauernland war das Ziel der preussischen Ansiedlungspolitik. Bis Ende 1918 hat die Ansiedlungskommission 827 Güter erworben, davon etwa 2/3 aus deutscher Hand. Sie hat von der erworbenen Gesamtfläche von 466323 ha 403837 ha aufgeteilt und hieraus 21784 Ansiedlungsstellen geschaffen, davon die grössere Hälfte mittlere Bauernwirtschaften von 10 bis 20 ha. Die Auswahl der Ansiedler erfolgte lediglich nach dem von Bismarck bei der Begründung des Entwurfs des Ansiedlungsgesetzes hervorgehobenen Leitgedanken, die Verhältniszahl der polnischen und deutschen Bevölkerung zum Vorteil der Deutschen zu bessern. Dieser Grundsatz führte u. a. dazu, die Ansetzung von Ansiedlern aus Posen und Westpreussen dauernd einzuschränken. Man fürchtete wie der Bericht der Ansiedlungskommission besagt, „durch die Zulassung von Einheimischen zu der aussichtsvollen Ansiedlung den Verkauf

alter deutscher Wirtschaften an Polen zu begünstigen und den deutschen Bauern in den Ansiedlungsprovinzen zu lockern." Es stammt daher nur wenig mehr als $^1/_4$ der Ansiedler aus Posen und Westpreussen, hingegen fast die Hälfte aus dem Ausland, besonders aus Russland. Die gleiche Verbindung nationaler und wirtschaftlicher Zwecke führte zu der Zurücksetzung katholischer Ansiedler, „da diese in polnischer Umgebung und Kirchengemeinschaft ihre deutsche Nationalität nur schwer bewahren können."

Gegenüber dieser Politik, die bewusst den ursprünglichen Bevölkerungscharakter des Grenzlandes umzugestalten bestrebt war, hatten sich die sogleich nach Errichtung der Ansiedlungskommission gegründete Bank Ziemski und die später entstehenden zahlreichen polnischen Parzellierungsbanken die Aufgabe gestellt, den Grund und Boden vor dem Uebergang in „fremde" Hände zu retten. Sie wollten den einheimischen kapitalschwachen Besitzer stärken, den Zwergbauern zur Vergrösserung ihres Stückchen Landes verhelfen, den landhungrigen polnischen Arbeiter, aber auch den Sachsengänger, der „in die Welt" ging, sesshaft machen. In welchem Masse ihnen dies gelang, ergibt das statistisch nachgewiesene Anwachsen der Kleinstellen. Während die Ansiedlungskommission bis 1907 nur 2416 Stellen in der Grössenklasse von 5 bis 10 ha und 1 191 Stellen von 2 bis 5 ha geschaffen hatte, stieg die Zahl der Stellen von 5 bis 10 ha in den Ansiedlungsprovinzen von 1882 bis 1907 um 15217, in der Grösse von 2 bis 5 ha um 11 206, während die eigentlichen Arbeiterstellen in der Grösse von 0 bis 2 ha, von denen die Ansiedlungskommission 2739 bis Ende 1918 angelegt hat, in der Zeit von 1895 bis 1907 um 22449 abgenommen haben.

Lässt man die nationalen Gesichtspunkte einmal ausser Betracht, so muss man vom allgemein wirtschaftlichen wie vom sozialpolitischen Standpunkt aus den auch aus diesen Zahlen sprechenden allmählichen Aufstieg des einheimischen Kleinbauern und die Sesshaftmachung des an seiner Heimat hängenden Wanderarbeiters als durchaus erfreulich bezeichnen. Für die Gesundheit eines jeden Volkes ist das Verhältnis des Menschen zur Scholle entscheidend. Für die Gesamtheit ist es fraglos ein Gewinn, wenn der schaffende Landmann leicht und unmittelbar Zugang zum Grund und Boden findet, wenn der Arbeiter ein Häuschen sein eigen nennt, in dem seine Familie sicher und unabhängig wohnt, und ein Stückchen Erde gross genug, um daraus den nötigsten Lebensunterhalt zu ziehen. Wenn ein hervorragender Vertreter der Ansiedlungskommission (vergl. „Die Ostmark", 1911, Seite 75) hervorhebt, dass das polnische Element „auf einer breiten Schicht anspruchsloser, fleissiger, fruchtbarer bäuerlicher und Arbeiterbevölkerung aufgebaut ist", so sollte man meinen, der Schluss läge nahe: Diese gesunde Bevölkerungsschicht muss der Staat nach Kräften fördern, nicht aber verdrängen. Wenn einst die Geschichte, dem Streit des Tages entrückt, ihr Urteil über die 33 Jahre Ansiedlungspolitik fällen wird, so wird sie auch die Frage zu beantworten haben, ob nicht der preussische Staat das Ziel, eine zufriedene und ruhige Bevölkerung im Osten zu schaffen, eher erreicht hätte, wenn er die 625 Millionen des Ansiedlungsfonds für die Befriedigung des gesunden Landbedürfnisses der gesamten einheimischen Bevölkerung, für die Schaffung von deutschen Dörfern und Schulen für deutsche Bauern und Arbeiter, von polnischen Dörfern und Schulen für polnische Bauern und Arbeiter verwandt hätte. Mildernd wird aber stets bei diesen Urteil berücksichtigt werden müssen, dass das einfache Volk in dem preussischen Landtag bei der Art seiner Zusammensetzung nur äusserst schwach vertreten war, und dass die lokalen Behörden, die die Ansiedlungspolitik durchzuführen hatten, aus Beamten bestanden, die gleichfalls nicht zu den „Einheimischen" gehörten. Die Kenntnis der polnischen Sprache war für das Regieren nicht nur nicht erforderlich, sondern unter Umständen hinderlich, indem sie den Beamten der „Gefahr" aussetzte, länger in dem „unwirtlichen Osten" zu bleiben, als es seinen Wünschen im allgemeinen entsprach. So blieb ihm mit der Sprache auch das Empfinden des einfachen polnischen Mannes fremd.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Sie muss aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Keine Regierung kann heute die Stimme des Volkes überhören und die engste Fühlung mit den breiten Volksschichten entbehren. Das polnische Reich, dem die Provinz Posen nach den jetzt veröffentlichten Friedensbedingungen einverleibt werden soll, hat aus der eigenen Geschichte die verhängnisvolle Wirkung, aber auch die Erfolglosigkeit von Ausnahmegesetzen kennen gelernt. Es wird als Grundsatz für seine Ansiedlungspolitik nur die Freiheit des Einzelnen, soweit mit dem Gemeinwohl vereinbar, und die gleichmässige Berücksichtigung sämtlicher einheimischer Bevölkerungsgruppen gelten lassen können. Es hat es auch nicht nötig, für die Stärkung des zahlenmässig an sich schon weit überlegenen polnischen Elements zu arbeiten, wohl aber wird es dafür zu sorgen haben, dass die mit der Posener Heimat verwachsene deutsche Minderheit und die jüdische Einwohnerschaft ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend Zugang zum Boden erhalten.

Hier soll nun in Kürze untersucht werden, ob die aus dem Osten etwa nach Posen einwandernden Juden fähig und willens sind, sich landwirtschaftlich zu betätigen, und ferner in Posen geeignete Gelegenheit hierzu finden.

Seit 2 Jahrtausenden sind die Juden der Landwirtschaft entfremdet. Wenn die österreichische Statistik von 1900 zur Landwirtschaft 11,4 % aller Juden rechnet, so ist hieraus nicht zu entnehmen, dass es in Oesterreich einen jüdischen Bauernstand gibt. Die Juden sind dort Gutsbesitzer oder Pächter oder betreiben neben dem Handel auf dem Lande noch etwas Garten- oder Landwirtschaft. Die fernere Arbeit aber leisten fast stets nichtjüdische Nachbarn oder Arbeiter. In Kongresspolen machen die Juden etwa 2,6 % der Dorfbevölkerung aus, wogegen sie in etwa 150 Städten die Mehrheit, in fast allen Städten mehr als $^1/_4$ der Gesamtbevölkerung bilden.

Trotzdem wäre es unrichtig, anzunehmen, dass der Jude nur im Handelsberuf und nur in städtischer Umgebung sich wohlfühlen kann. Der einseitig ausgebildete Erwerbssinn ist gerade durch die Abdrängung von der Scholle hervorgerufen. Das Geschäft ist dem einfachen Ostjuden nicht Hauptzweck, sondern soll ihm nur die Mittel einbringen, um seinen Unterhalt zu bestreiten, seinen religiösen Bedürfnissen nachzugehen und seinen Kindern eine gute Erziehung zu geben. Aus diesen Gründen bevorzugt er die Stadt. Wird ihm aber die Möglichkeit geboten, diese Absichten in rein oder überwiegend jüdischer Umgebung auf dem Lande zu erreichen, so würde er die körperliche und geistige Eignung für den landwirtschaftlichen Beruf bei sachgemässer Anleitung wiedererlangen.

Einen Beweis hierfür bilden, selbst wenn man von den Baron Hirsch'schen Kolonien in Argentinien und den jüdischen Siedlungen in Palästina absieht, die jüdischen Ackerbaukolonien in Südrussland. Alexander I. von Russland stellte 1806 den Juden, die sich dem Ackerbau zuwenden wollten und ein Vermögen von mindestens 400 Rubeln besassen, die Zuteilung geeigneten Bodens in Aussicht. Es erfolgten zahlreiche Meldungen, so dass alsbald 9 Kolonien im Gouvernement Cherson angelegt werden konnten, deren Zahl bis 1899

die Zeit gekommen sein, zu der die Vorbedingung hierzu erfüllt ist: „Sie üben nichts Böses und handeln nicht verderbt auf meinem ganzen heiligen Berge, denn voll ist die Erde mit Erkenntnis Gottes, wie die Wasser des Meeres Bett bedecken?"

Das furchtbare Erleben der letzten Zeiten zeigt uns, dass Israel noch weit davon entfernt ist, diese seine Mission auf Erden erfüllt zu haben. Welcher ist der Weg, den ihm Gott vorgeschrieben, um ihn zur Erreichung seines hohen Zieles unbeirrt durch die Jahrtausende der Weltgeschichte zu gehen, welches die Schutzengel, die ihm Gott zur Begleitung gegeben, damit sie Israel bei seiner Wanderung durch die feindlichen Mächte schützen?

An seiner Wiege rief ihm Gott die Worte zu: „Und sei ein Segen. — Und die dich segnen, werde ich segnen, und die dir fluchen, denen werde ich fluchen. Und durch dich „werden gesegnet werden alle Familien des Erdballs."—

„Und sei ein Segen." — Wie soll das jüdische Volk sein Leben einrichten, um dieser Forderung gerecht zu werden? In dem Segen, den unser Erzvater Jacob seinen Enkelkindern Ephraim und Manasse gibt, sagt er: „Sie mögen den Fischen ähnlich zur Menge gedeihen mitten auf Erden." Hirsch erklärt diesen Segen: „In gesondertem Elemente, still, in vom Menschenauge unerreichter Tiefe lebt die Fischwelt ihr Leben. Gedankenlos geht der Mensch um Ufer hin und ahnet nicht, welch' fröhliches, frisches, glückliches, ungetrübtes Leben sich da unten in reicher Fülle von Geschlecht zu Geschlecht entfaltet. So, in Mitte der Erde, soll das Jakobgeschlecht in seinem gesonderten Elemente, wohin die umgebende Welt ihm nicht zu folgen, dessen Bedeutung sie nicht zu ahnen vermag, ihr stilles, glücklich eigenes Leben vollbringen, „fischgleich" „gleichsam im Wasser inmitten der Menschheit auf Erden." — Dieses so gezeichnete jüdische Eigenleben ist es, das wir erstreben müssen, um unserer Mission „ein Segen zu werden" auf Erden gerecht zu werden, und dies bedeutet die Forderung der „nationalen Autonomie," die wir an die Völker stellen. — Der Ausdruck „nationale Autonomie" ist deshalb nicht glücklich gewählt, und gibt zu dem Missverständnis Veranlassung, dass wir ein Staat im Staate sein wollen, weil der Begriff des jüdischen Nationalismus und des Nationalismus der Völker, wie wir auseinandersetzten, keine commensurabeln Werte sind. — Der Jude, der treu seiner historischen Aufgabe, treu seinem jüdischen Nationalismus, treu seiner Volksreligion, treu seinem Religionsvolke, mit seinen jüdischen Volksgenossen das jüdische Eigenleben lebt, gerät niemals mit dem Grundsätzen des Staates in Kollision, in dessen Mitte er lebt, sondern wird das Wohl desselben, — von Religions wegen, — das heisst mit seinem ganzen Können zu fördern suchen. — Als Israel in's Exil herauszog, gab ihm der Prophet Jeremias die Weisung mit: „Und fördert das Wohl der Stadt, in die ich euch in Verbannung schicke, und betet für sie zu dem Ewigen; denn in ihrem Heile wird euch Heil sein." Je treuer der Jude zu seinem jüdischen Volke steht, desto mehr ist er geschützt gegen jene Köpfe und Herzen verwirrende, mit Recht als staatsfeindlich bezeichnete Bestrebungen, die in unsere Tagen an den Grundfesten der Staatengebäude rütteln. Und wenn zu den Führern jener Bewegung leider auch Juden gehören, und als solche besonders auffallen, so kann man sicher sein, dass dies Juden wohl nach ihrer Abkunft, aber nicht nach ihrem Willen sind. — Als der bekannte russische Minister Trotzki auf die Folgen seines Treibens für die Juden von Winawer aufmerksam gemacht wurde, fertigte er ihn mit den Worten ab: „Gehen Sie zu Ihren Juden hin und sagen Sie Ihnen, dass ich kein Jude bin und mit Juden nichts zu tun habe". (Vgl. Israelit, den 24. April 1919.)

Und Ihr Völker, die Ihr dem Judentum diese Elemente zur Last legen wollt, klopft an die eigene Brust und fragt Euch, ob nicht Eure Verfolgungen und Unterdrückungen diese Elemente gezüchtet haben, die ehemals jüdisch waren, jetzt aber dem Judentum wesensfremd sind und die heute durch Eure Schuld eine Gefahr für den Staat werden. — Das eben skizierte jüdische Eigenleben trägt als sein Motto den Satz: „Heilig sollt Ihr sein dem Ewigen, Euern Gott, denn heilig bin ich der Ewige, Euer Gott" und findet sein nationales Zentrum nicht in irgend welchen Machtgelüsten, sondern in dem Erbe der Väter, in der am Sinai empfangenen Lehre, der Thora und ihrem Gesetz. — Sie ist der ewige Jungborn des Volkes. — „Ein Baum des Lebens ist sie für die, die an ihr festhalten." — Sie hat das Volk Israel getragen durch die Jahrtausende, ihre Pflege hat trotzdem der Volkskörper gepeinigt und gemartert wurde, die Volksseele gesund und frisch erhalten. — Als die Römer in ihrer Verfolgungswut mit scharfem Blick erkannt hatten, dass nur die Beschäftigung mit der Thora das nationale Leben der Juden trotz der Zerstörung des Tempels, trotz Knechtung des Landes, trotz Hinschlachtung von Millionen erhielt, und die Beschäftigung mit der Thora verboten, wurde der greise Gesetzeslehrer Rabbi Akiba von Schülern gebeten, seine Gesetzesvorträge im Interesse der Erhaltung seines Lebens einzustellen. Rabbi Akiba antwortete ihnen mit einer Fabel. — „Ein Fuchs, welcher die Fische am Ufer unruhig herumschwimmen sah, weil man ihnen mit Netzen nachstellte, riet ihnen, sich auf's Land zu begeben, um bei ihm sicher zu wohnen. Aber die Fische, den Rat verschmähend, erwiderten: „wenn wir in unserem eigenen Element nicht sicher sind, um wieviel weniger wären wir es, wenn wir uns daraus entfernten." Daraus zog Rabbi Akiba die Nutzanwendung: „Unser Lebenselement ist die Lehre, geben wir sie auf, dann haben wir sicherlich noch mehr zu fürchten." — Willig erlitt Rabbi Akiba dann den Märtyrertod, als er in Konsequenz seiner Lehre dem Willen der römischen Machthaber trotzte und seine Lehrvorträge fortsetzte; unter den grausamsten Foltern hauchte er mit dem „Schema Jisroel" seine reine Seele aus.

So ist die Thora unsere Fahne geblieben, um die wir in allen Kämpfen der Jahrtausende uns geschaart haben und mit Recht singt der Dichter von ihr:

„Dies ist das himmlische Panier,
Um das wir mutig stritten,
Und tausend Tode haben wir
Um dies Panier gelitten."

Der jüdische Geist ist durch die Beschäftigung mit der Thora befähigt geworden, auf allen Gebieten menschlicher Kulturarbeit wertvollste Dienste zu leisten. „Tauro im derech Erez", „Thora gepaart mit moderner Kultur", so soll das Losungswort des jüdischen Volkes lauten. Die harmonische Durchdringung beider Arbeitsgebiete befähigt erst den jüdischen Menschen zu seiner Aufgabe, „ein Segen zu sein". Die Beschäftigung mit der Thora hat durch die Jahrtausende währende Arbeit vieler Generationen in dem jüdischen Geiste Energieen von bewunderungswürdiger Stärke und Mannigfaltigkeit aufgespeichert. — So wie wir bei dem Edelmetall Radium in den letzten Jahren geheimnisvolle Kräfte kennen gelernt haben, wie wir gesehen haben, dass es Strahlen aussendet von wunderbarer Art, wie Kraft der einen Art sich umsetzt in Kraft der anderen Art, ohne dass wir die Zusammenhänge ganz begreifen, so sehen wir auch von dem

jüdischen Volksgeist, von seinem Thorageiste Umwandlungen und Ausstrahlungen; so sehen wir seine unerschöpfliche Energie sich in segensreicher Weise betätigen auf allen Gebieten menschlichen Wissens und Könnens. Um nur einige segensreiche Umsetzungen dieser Thorageistenergie anzudeuten, wollen wir daran denken, wie die Verstandes- und Seelenkräfte so sehr schärfende Beschäftigung mit dem Talmud bei Kindern und Enkelkindern sich in ausserordentlicher Begabung in den Wissenschaften der Medizin, der Jurisprudenz, der Mathematik, in Begabung für kaufmännische Berufe und anderen zeigt. — Aber wie die Energie des Radiums sich wenn auch ganz langsam erschöpft, wenn seine Ausstrahlungen sich in andersartige Kräfte umsetzen, so wollen wir auch nicht vergessen, dass auch der jüdische Geist und seine Energie sich durch seine Ausstrahlungen erschöpft, wenn er sich nicht immer wieder erneuert und seinen Energievorrat immer wieder auffüllt aus dem unerschöpflichen Vorrat, den ihm seine Thora bietet.

Wir Juden wollen uns auch stets bewusst sein, dass in den Augen der Völker nicht unsere Kulturarbeit, die wir mit ihnen gemeinsam leisten, ihre Bewunderung erregen muss, da mögen sie mit Recht darauf hinweisen, dass viele Nichtjuden noch besseres geleistet haben, als wir — Aber durch wen ist der Welt die Thora, durch wen dio Lehre von dem einzig-einigen Gott und die Lehre höchster Sittlichkeit übermittelt worden? Noch heute gilt wie vor tausenden von Jahren das Wort im 5. Buch Moses, Kap. 4 Vers 6: „Und ihr sollt sie beobachten und ausführen. Denn sie ist eure Weisheit, sie eure Vernunft in den Augen der Völker, welche, wenn sie hören von all diesen Gesetzen, sprechen werden: „Fürwahr ein weises und vernünftiges Volk ist dieses grosse Volk."

Nur so ist der Missionsgedanke des Judentums zu erfassen. Nicht sollen wir als Missionare zu den Völkern gehen und ihnen predigen, dass sie vom Unrecht ablassen und sich zu unseren Anschauungen von Gerechtigkeit und Gottesverehrung bekehren — Gewinnung von Proselyten liegt bekanntlich dem Judentum völlig fern —, sondern wir sollen eine Leben ihnen vorleben getreu den Vorschriften der Thora, das den höchsten Idealen der Sittlichkeit entspricht, und so „der Segen werden für die Welt, dass diese ablässt von der Gewalt, damit die Erlösung komme für die aus tausenden von Wunden glutende Gesamtmenschheit.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. med. Max Calvary.



Schreiben des Jüdischen Volksrats Posen an die Redaktion des „Dziennik Poznański" in Posen.*)

Posen, den 9. Mai 1919.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

In den Nummern 97 und 103 beschäftigt sich Ihre werte Zeitung mit der Judenfrage. Wir halten es zur Beseitigung von Missverständnissen, die, wenn sie unwidersprochen bleiben, leicht zu Misshelligkeiten führen könnten, für geboten, auf die darin enthaltenen sachlichen Anschauungen — nicht allerdings auf die Verletzungen der guten Formen — kurz einzugehen.

Die Vorwürfe eines jüdischen Hakatismus sind gegenüber allen jüdischen Kreisen unbegründet. Die Juden, selbst eine unterdrückte Minderheit, sind stets — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, für die die Gesamtheit nicht zur Verantwortung gezogen werden kann — für gleiches Recht und gleiche Freiheit eingetreten. So haben sie in ihrer Gesamtheit gegen die Einführung des preussischen Enteignungsgesetzes protestiert.

Die Aufsätze beschäftigen sich insbesondere mit uns national gerichteten Juden. Das polnische Volk, das eben erst seine politische Selbständigkeit und nationale Freiheit wiedererlangt hat, sollte für die Bestrebungen anderer Nationalitäten besonderes Verständnis zeigen, sollte unsere Bemühungen, unsere nationale Eigenart uns zu erhalten, richtig zu würdigen verstehen. Man sollte in den polnischen Kreisen nicht vergessen, — im Artikel vom 3. Mai ist vom Nichtvergessen soviel die Rede — dass der jüdische Nationalismus gerade auch in unserem Lande stets volles Verständnis für fremden Nationalismus gezeigt hat. Die nationalen Juden in Posen waren es, die zu einer Zeit, als die preussische Unterdrückungspolitik am schärfsten wütete, stets für die nationalen Rechte der Polen eingetreten sind. Wir dürfen z. B. auf Nr. 251 des Jahrgangs 1909 Ihrer w. Zeitung verweisen, in der Sie selbst dies in einem Bericht über eine nationaljüdische Versammlung in Posen hervorhoben. Wir dürfen darauf verweisen, dass gerade der Jüdische Volksrat den übertriebenen Zeitungsnachrichten uns fernstehender Blätter, gegen die Sie sich mit Recht wenden, entgegengetreten ist. Gerade die nationale Gesinnung der Juden gebietet ihnen Achtung vor den Rechten aller Nationalitäten; die nationalen Juden werden deshalb am meisten Verständnis für eine nationale Politik zeigen. Der jüdische Nationalismus ist übrigens insofern von dem Nationalismus anderer Völker verschieden, als ihm jede Tendenz der Herrschaft vollkommen fernliegt. Nichts liegt den Juden ferner, als in den Ländern, deren Staatsbürgerrechte sie geniessen, ihre Herrschaft auszubreiten und einen Staat im Staate zu bilden. Nicht staatliche Machtgelüste leiten uns, sondern nur das Bestreben, unsere national-kulturelle Eigenart zu erhalten. Wir wollen die selbständige Regelung unserer eigenen religiösen, kulturellen, geistigen, sozialen Angelegenheiten, den durch eine Autonomie gesicherten Schutz einer selbständigen Verwaltung dieser Angelegenheiten. Die allgemeine Gleichberechtigung gewährt uns daneben die Möglichkeit, an der Politik und Wirtschaft des Staates auch den Anteil zu nehmen, den treue Staatsbürger an der Wohlfahrt der Gesamtheit haben, in deren Mitte sie leben. Eine Kollision zwischen unseren nationalen Rechten und den staatsbürgerlichen Pflichten, die wir gern erfüllen, und die wir auch als Rechte ansehen, ist nirgends gegeben.

Wir bitten, diese unsere Anschauung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen.

Hochachtungsvoll

Der geschäftsführende Ausschuss.

*) Vergl. Leitartikel.

Versammlung der jüdischen Lehrer und Schulvorstände am 23. April 1919.

Auf eine Anregung hin, welche bei der Provinzial-Tagung vom 9. 4. cr. gegeben wurde, hat der Jüdische Volksrat auf den 23. 4. 1919 die jüdischen Lehrer und Vorstände der jüdischen Schulen zu einer Besprechung nach Posen eingeladen. Es hatten sich dazu 34 Vertreter der Schulvorstände und Gemeinden eingefunden, und es wurden unter Leitung des Rechtsanwalts Dr. Galland alle zur Zeit schwebenden Fragen eingehend besprochen. In erster Linie handelte es sich darum, die Stellung der jüdischen Lehrer in denjenigen deutschen Schulen zu sichern, welche unter den veränderten politischen Verhältnissen als deutsche Schulen bestehen bleiben. Nach Besprechung der Einzelfälle wurden bezüglich dieser Schulen folgende Leitsätze allgemein anerkannt: Soweit zu befürchten ist, dass den jüdischen Lehrern ihr Amt gekündigt wird, ist zu prüfen, ob an dem betreffenden Ort früher eine jüdische Schule bestanden hat, und wenn dies der Fall ist, unter welchen Bedingungen sie von der Kommune übernommen wurde. Grundsätzlich ist daran festzuhalten, dass, wo auch nur die geringste Anzahl jüdischer Schulkinder vorhanden ist, ein jüdischer Lehrer beizubehalten ist, der einmal den jüdischen Kindern den Religionsunterricht und sodann allen Kindern den sonstigen wissenschaftlichen Unterricht erteilt.

Die jüdischen Lehrer, welche bisher bei paritätischen, jetzt aufgelösten Schulen tätig waren, sind zur Zeit beschäftigungslos. Diese Lehrer müssen sich an den deutschen Dezernenten bei der Regierung in Posen wenden und veranlassen, dass die preussische Regierung ihnen gegenüber ihre gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Im Anschluss hieran wird von Gerüchten erzählt, wonach die polnische Verwaltung beabsichtige, diejenigen Lehrer zwangsweise zu pensionieren, welche das Polnische nicht als Unterrichtssprache beherrschen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, dass nur die nationale Autonomie den Juden in Beziehung auf die Schule ihre Rechte vollkommen sichert und die angedeutete Gefahr vollkommen beseitigt.

Bezüglich der Neugründung und Erhaltung jüdischer Schulen wird der Plan einer Einheitsschule mit 6 stufigem Unterbau eingehend erörtert. Insbesondere wird hervorgehoben, dass sich die Stimmung auch bei den Juden allgemein für die jüdische Schule immer mehr gebessert habe, sodass heute die Mehrheit der Juden aus Stadt und Land Posen die jüdische Schule für die Stadt wie für die Provinz als das erstrebenswerte Ziel ansieht. Da es erforderlich sei, dass die jüdische Schule besonders viel leiste, wird ein Ausschuss bestehend aus den Herren Brzezinski-Posen, Spier-Wongrowitz, Rynarzewski-Obersitzko, Hirschberg-Gnesen und Kuttner-Schokken gebildet, der Mittel und Wege finden soll, um unter Einhaltung des amtlichen Lehrplanes die Schüler so weit zu fördern, dass ihnen der Uebertritt in die höheren Stufen der Einheitsschule oder in die jetzt bestehenden höheren Schulen ohne weiteres möglich wird. In der Versammlung herrschte über folgende Punkte vollkommene Einigkeit: Die bestehenden jüdischen Schulen sind in jedem Falle aufrecht zu erhalten und es ist an die jüdischen Gemeinden zu apellieren, dass sie in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Gesamtjudentums die Auflösung der jüdischen Schulen mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern suchen. Zur Fortbildung der Lehrer namentlich in den fremden Sprachen sollen in den nächsten Ferien in Posen Fortbildungskurse eingerichtet werden.

Nach mehrstündiger Verhandlung wurde die Versammlung geschlossen. Die Teilnehmer gingen in dem Bewusstsein auseinander, dass die von der Versammlung angenommenen Richtlinien die Erhaltung der jüdischen Schulen und eine gedeihliche Existenz der jüdischen Lehrerer möglichen werden. *Rechtsanwalt Manheim.*

Jüdische Genossenschaftsbank.

Die „Jüdische Genossenschaftsbank" ist gegründet und als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in das Register des Amtsgerichts Posen eingetragen worden. Diese Nachricht wird bei allen denen, die um das Wohl der jüdischen Handelskreise im Lande Posen besorgt sind, freudige Zustimmung hervorrufen. Der Zweck des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften zur Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch Beschaffung der hierfür erforderlichen Geldmittel. Es sollen also in weitestem Umfang mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern Bankgeschäfte gemacht werden, deren Zweck die Beschaffung von Kapitalien zur wirtschaftlichen Hebung und Unterstützung der Mitglieder ist und bleibt.

Der Geschäftsanteil und zugleich die Haftsumme sind auf Mk. 500.— festgesetzt, aber das Statut erlaubt es den Mitgliedern bis zu 20 Anteilen zu erwerben und damit ihren Anteil am Gewinn wie natürlich auch ihre Haftung zu verviel-fachen. Auf dem Geschäftsanteil muss jeder Genosse monatlich mindestens Mk. 3.— einzahlen Das sind — neben dem Eintrittsgeld von Mk. 6.— die einzigen unbedingten Verpflichtungen jedes Genossen. Wer aber mehrere Anteile übernimmt, darf nach gesetzlicher Vorschrift erst dann zu den weiteren Anteilen zugelassen werden, wenn er die vorhergehenden voll bezahlt hat.

Die Vertretung der Genossenschaft liegt dem aus den Mitgliedern bestehendem Vorstand ob, und seine Tätigkeit wird von dem Aufsichtsrat, zu dem neun Mitglieder gehören, geregelt und überwacht. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat auf 3 Jahre, der Aufsichtsrat auf dieselbe Zeit von der Generalversammlung gewählt, jedoch scheiden von den Aufsichtsratmitgliedern alljährlich drei aus. Der jetzige Aufsichtsrat hat ebenso wie der Vorstand die Geschäfte nur vorläufig übernommen. Der gesamte Aufsichtsrat ist nämlich statutenmässig nach Ablauf des Geschäftsjahrs 1919 neu zu wählen und die Vorstandsmitglieder werden bei Eröffnung des Betriebes durch geeignete Bankbeamte ersetzt werden. Die Mitglieder nehmen ihre Rechte in der Generalversammlung wahr. Hierfür bestimmt das Statut, weil die Bank wesentlich mit der Mitgliedschaft des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes rechnet, und dessen Einfluss auf die Leitung der Geschäfte nicht ausgeschlossen werden soll, dass jeder Genosse ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Geschäftsanteile, nur eine Stimme hat. Die Generalversammlung wählt die Aufsichtsratsmitglieder und beschliesst über die Verteilung des Reingewinnes, der, soweit er nicht für den Reservefonds oder für Abschreibungen usw. verwendet wird, an die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsguthaben zu verteilen ist.

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinschaftlich beschlossen, den Geschäftsbetrieb wegen der augenblicklichen politischen Verhältnisse, namentlich wegen der Gefahr, die einer Bank die Veränderung der Währung bringen kann, vorläufig nicht zu eröffnen. Aber wir müssen gerüstet sein, die Bank, die wichtigste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe, jederzeit zu gebrauchen, wenn es erforderlich wird. Sobald die Zeit es gebietet, muss die Bank als fertige Tatsache dastehen und täglich ihren Geschäftsbetrieb eröffnen können. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller Kreise des Judentums. Es handelt sich nicht um ein „national-jüdisches" oder um ein „jüdisch-liberales" Werk. Wir wollen die Mithilfe der Juden nicht für einen Wohltätigkeitsverein, sondern zu einem geschäftlichen Unternehmen, das für alle Juden im Posener Lande segensreich wirken soll. Wir gründen ein Bankinstitut, das allen Kreisen des jüdischen Handels und Gewerbes in gleicher Weise nützlich ist, das für die Juden, die unter veränderten politischen Verhältnissen den Boden ihrer Heimat nicht verlassen können oder wollen, das wirtschaftliche Rückgrat sein soll. Darum ergeht an alle Kreise des Posener Judentums die dringende Bitte und Mahnung:

Zeichnet Geschäftsanteile der jüdischen Genossenschaftsbank!

Rechtsanwalt Manheim.

Pressestimmen zur Ostjudenfrage.

Aus den Friedensbedingungen.

Eine Grenzkommission von 7 Mitgliedern der Polen und 5 von Deutschland soll binnen 15 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrages gebildet werden, um die Grenzen zu bestimmen. Besondere Bestimmungen, welche nötig sind, um die Rassen- und religiösen Minoritäten zu stützen, sollen der Gegenstand einer Regelung zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen einerseits und Polen andererseits sein.

(Aus dem „Posener Tageblatt" vom 11. 5. 19.)

Der Zionismus auf der Sozialistenkonferenz.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Die in Amsterdam tagende Internationale Sozialistenkonferenz nahm mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an:

„Die Internationale Sozialistenkonferenz erkennt den internationalen Charakter der Judenfrage an und fordert in Anwendung des allgemeinen Grundsatzes von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ihre internationale Regelung auf folgender Grundlage;

1. Volle bürgerliche Gleichberechtigung in allen Ländern, gleiche Behandlung der jüdischen Bevölkerung in den vom Kriege betroffenen Gebieten beim Wiederaufbau, internationaler Schutz der Juden wie anderer nationaler Minoritäten gegen physische Verfolgung und wirtschaftliche Unterdrückung.
2. Gleichberechtigung der Juden in Bezug auf freie Einwanderung und Ansiedelung in allen Ländern.
3. Nationale Selbstverwaltung auf Grund des Personalprinzips, nationale Gleichberechtigung in Staat, Provinz und Gemeinde für alle Juden in den Ländern mit jüdischer Massensiedlung.
4. Die Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina und Schaffung der hierfür erforderlichen Bedingungen unter dem Schutz und der Kontrolle des Völkerbundes, dem auch die Wahrung der berechtigten Interessen der übrigen Bevölkerung des Landes obliegt.
5. Vertretung des jüdischen Volkes im Völkerbund.

Die Resolution des Bundes, welche erklärte, Palästina spiele keine Rolle, wichtig sei ausschliesslich die Emanzipation des jüdischen Proletariats, wurde abgelehnt.

Das jüdische Nationalkomitee in Paris.

Wie das „Jüdische Korrespondenzbureau Zürich" bereits gemeldet hat, wurde in Paris ein jüdisches Nationalkomitee zur Sicherung der Rechte der Juden in der Diaspora gebildet. Es setzt sich aus Delegierten des amerikanisch-jüdischen Kongresses und der osteuropäischen jüdischen Nationalräte zusammen. Den Vorsitz hat der amerikanische Zionistenführer Richter Julian Mack übernommen. Zum Vizepräsidenten wurde der amerikanische Zionist Louis Marschall gewählt Weitere Mitglieder des Nationalkomitees sind Reich und Thon aus Polen, Rosoff aus Russland und Ussischkin aus der Ukraine. Zum Generalsekretär wurde Leo Motzkin bestimmt. Die Arbeiten werden von Kommissionen besorgt; die politische Kommission arbeitet unter dem Vorsitz von Nahum Sokolow.

Französische Deputierte und Professoren für die nationalen Rechte der Juden.

Dem „Jüdischen Korrespondenzbureau Zürich" wird aus Paris gedrahtet: Am 13. April veranstaltete die „Liga der Zionistenfreunde" in Paris ein Fest zu Ehren der Delegierten der Jüdischen Nationalräte. Anwesend waren hervorragende Persönlichkeiten der Politik und Wissenschaft, u. a. der Nationalökonom Gide, der ehemalige Unterstaatssekretär der Marine, Deputierter Monzie, die Professoren der Sorbonne Vernes und Renoult, der Vizepräsident der Liga der Menschenrechte Herold und Deputierter Doizié. Nach Begrüssung durch Braunstein beglückwünschte Vizepräsident Herold die Juden zur Wiedergewinnung Palästinas, Unterstaatssekretär Monzie sprach seine Sympathie für den Zionismus aus. Die Forderungen der Juden wurden von den Delegierten an dem jüdischen Nationalkomitee Yellin aus Palästina und Reich aus Galizien dargelegt. Der letztere zeigte, dass die Emanzipation der Juden nicht vollständig sein wird, wenn die jüdischen Massen, welche ausserhalb Palästinas bleiben müssen, der nationalen Minoritätsrechte beraubt sind. Die anwesenden Politiker versprachen ihre Unterstützung.

Wilson für den Schutz der nationalen Rechte der Juden.

Wie das Stockholmer „Jüdische Pressebüro" erfährt, hatte die von der Nationalrätekonferenz eingesetzte Kommission für die nationalen Rechte, deren Vorsitzender Julian Mack ist, eine Besprechung mit den amerikanischen Friedensdelegierten Lansing, White und General Bliss. Marshall schilderte die Lage der Juden in Osteuropa und erklärte, dass sieben Millionen Juden schutzlos wären, falls nicht ihre Rechte durch die Friedenskonferenz sichergestellt werden. Lansing hörte aufmerksam zu und fragte, ob es wahr sei, dass die Juden in Polen eine unabhängige politische Partei begründet hätten. Marshall erwiderte: Dies sei absolut notwendig. Lansing liess sich dann über die jüdisch-nationalen Wünsche informieren und erklärte, Wilson sei mit diesem Standpunkt völlig einverstanden und werde für die Verwirklichung dieser Forderungen arbeiten.

Provisorische Regelung der jüdischen Autonomie in Ostgalizien.

Dem Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien wird gemeldet:

Auf Vorschlag des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien hat das ukrainische Staatssekretariat des Innern im Wege eines Erlasses Verordnungen an die Bezirkskommissariate herausgegeben. Das Staatssekretariat des Innern beabsichtigt auch demnächst eine Gesetzesvorlage über die Regelung der jüdischen Autonomie in der westukrainischen Volksrepublik einzubringen.

Bis zu deren endgültigen Regelung im Gesetzeswege sind die staatlichen Bezirkskommissariate angewiesen worden, nachstehende Richtungen einzuhalten:

1. Den Bestrebungen der Juden zu politischer Organisation sind keine Hindernisse in den Weg zu legen.
2. Als Repräsentanz der Juden sind die bestehenden bereits gewählten oder auf Grund ihrer eigenen Wahlinstruktion erst zu wählenden Nationalräte zu betrachten, wobei die jüdischen Nationalräte ihre Wahlinstruktion den betreffenden Bezirkskommissariaten zur Kenntnis zu bringen haben.
3. Die Bildung dieser Räte ist eine ausschliesslich jüdische Angelegenheit, auf welche die Staatsbehörden keinerlei Einfluss nehmen dürfen.
4. In zweifelhaften oder strittigen Fällen sind die Beschwerdeführer an den jüdischen Nationalrat für Ostgalizien, als die höchste antonome jüdische Landesbehörde mit dem provisorischen Sitz in Stanislau zu weisen.
5. Den jüdischen Ortsnationalräten, welche die Wahrung der Rechte und Erfüllung der Pflichten der bisherigen jüdischen Kultusgemeinde zur Aufgabe haben, steht, bezüglich der der jüdischen Bevölkerung auferlegten Steuern, im Sinne des österreichischen kaiserlichen Patents vom 20. April 1854 Nr. 96 R. G. Bl. das Recht der polizeilichen Exekution zu.

Jüdische Gemeindeautonomie in Ostgalizien.

Dem „Jüdischen Korrespondenzbureau in Zürich" wird gemeldet; Der ukrainische Ministerrat hat ein neues Gesetz über die jüdische Autonomie beschlossen, auf Grund dessen die Leitung aller jüdischen kulturellen, philanthropischen, sanitären und anderen Institutionen binnen zwei Monaten den jüdischen Gemeinden übergeben wird.

Gründung einer jüdisch-palästinensischen Transportgesellschaft.

Dem „Jüdischen Korrespondenzbureau Zürich" wird aus Graz mitgeteilt: Um die Arbeit der Palästinaämter der zionistischen Weltorganisation zu ergänzen, wurde soeben eine jüdisch-palästinensische Transportgesellschaft mit dem Sitz in Wien und Graz gegründet, die die Beförderung von Personen und Gütern nach Palästina übernehmen soll. Das Unternehmen, eine G. m. b. H., mit einem Gründungskapital von K. 500 000.— wird Organisationsstellen in den Gegenden der Emigration, wie Lodz, Warschau, Kiew, Krakau, Lemberg, in den Einschiffungs- und Ausschiffungshäfen errichten. Auskünfte und Subkriptionsmeldungen sind an die jüdisch-palästinensische Transportgesellschaft G. m. b H. Graz, Griesplatz 11, zu richten.

Aus unserer Urkundenmappe.

Bekanntgabe der Eintragung der Genossenschaftsbank.

19 Gn. R. 152/2.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 152 die Genossenschaft „Jüdische Genossenschaftsbank, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht" mit dem Sitze in Posen eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften zum Zwecke der Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch Beschaffung der hierfür erforderlichen Geldmittel. Die Haftsumme beträgt Mk. 500.—, die höchste zulässige Zahl der Geschäftsanteile 20. Vorstandsmitglieder sind die Kaufleute Benno Becher, Leo Kollenscher und Moritz Rothstein, sämtlich in Posen. Die Satzung ist am 26 März 1919, ein Nachtrag dazu am 23. April 1919 errichtet. Bekanntmachungen erfolgen in den Posener Neuesten Nachrichten durch den Vorstand in der Weise, dass zwei Mitglieder unter die Firma der Genossenschaft ihre Unterschriften setzen, durch den Aufsichtsrat, indem der Vorsitzende oder sein Stellvertreter unrer die Firma der Genossenschaft den Zusatz „Der Aufsichtsrat" und darunter seinen Namen setzt. Willenserklärungen und Zeichnungen erfolgen durch die gemeinschaftliche Namensunterschrift zweier Vorstandsmitglieder.

Amtsgericht Posen, den 29. April 1919.

Rundschreiben an die Synagogengemeinden und Vertrauensleute betreffend Wirtschaftsfragen.

Posen. den 14. Mai 1919.

Bei der Provinzial - Tagung des Jüdischen Volksrats am 9. April 1919 in Posen, bei der 32 jüdische Gemeinden vertreten waren, sind wichtige Fragen wirtschaftlicher Natur zur Besprechung gekommen. die eine einheitliche Stellungnahme im Interesse des gesamten jüdischen Wirtschaftslebens in der Provinz wünschenswert erscheinen lassen.

Um diese zu ermöglichen, genügt es nicht. dass Anregungen, Beschwerden und Meinungsäusserungen von Einzelkaufleuten an uns gelangen. Bei der Verschiedenartigkeit der Interessen örtlicher Art und innerhalb der einzelnen Geschäftszweige ist die Bildung von Wirtschaftsausschüssen in den Gemeinden der Provinz unbedingt erforderlich. Hierbei ist darauf zu achten, dass in diesen Ausschüssen möglichst alle am Platze vorhandenen wichtigen Geschäftszweige vertreten sind. Wir bitten Sie, auch in Ihrer Gemeinde baldigst einen solchen Wirtschaftsausschuss zu bilden und uns den Namen des Vorsitzenden mitzuteilen.

Für die Tätigkeit der Wirtschaftsausschüsse liegt zur Zeit folgendes Material vor:

1. Eintragung aller jüdischen Kaufleute ins Handelsregister.
2. Stellungnahme zu der vorgeschlagenen Gründung von Einkaufsgenossenschaften.
3. Bericht über etwaige Missstände bei der Verteilung der der Zwangswirtschaft unterliegenden Waren.

Bezüglich der ersten beiden Gegenstände verweisen wir Sie auf beifolgende Anlagen und bitten Sie, uns Ihren Bescheid recht bald zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll

Der geschäftsführende Ausschuss. Die Wirtschaftskommission.

Anlage 1.

Eintragung in das Handelsregister.

Der schwere wirtschaftliche Kampf, der den Juden in unserer Provinz bevorsteht, zwingt die jüdische Kaufmannschaft, mit allen gesetzlichen Mitteln die hervorragende Stellung aufrecht zu erhalten, die sie bisher im Handel der Provinz Posen und in seiner amtlichen Vertretung, der Handelskammer, hatten.

Es wird nun, wie uns berichtet wird, versucht, das zahlenmässige Uebergewicht der Juden in der Handelskammer dadurch zu beseitigen, dass eine Menge kleiner nicht jüdischer Gewerbetreibender bestimmt wird, ihre Firmen in das Handelsregister einzutragen und damit Mitglied der Handelskammer zu werden. Dem muss entgegengetreten werden. Eine grosse Anzahl jüdischer Kaufleute in der Provinz, namentlich in kleinen Städten, hat kaufmännische Betriebe, die nach Art und Umfang weit über das Kleingewerbe hinausgehen. Diese Kaufleute scheuen sich vielfach, wegen der damit verbundenen Kosten die Anmeldung zum Handelsregister zu bewirken. Die Kosten der Eintragung sind jedoch ganz unbedeutend, und die Beiträge zur Handelskammer betragen nur einen geringen Prozentsatz der staatlichen Gewerbesteuer. Es wird auch von den eingetragenen Kaufleuten nicht etwa eine besonders schwierige Buchführung erfordert, vielmehr nur die Führung von Büchern, die einen Ueberblick über den Geschäftsbetrieb geben, wie sie auch tatsächlich jeder Kaufmann führt. Andererseits aber geniessen die Kaufleute alle Vorzüge, welche das Handelsgesetzbuch Kaufleuten zubilligt (so z. B erhöhte gesetzliche Zinsen, Anspruch auf Zinsen im weiteren Umfange als Nichtkaufleute, erweitertes Zurückbehaltungsrecht u. s. w.). Diejenigen Kaufleute, deren Geschäft nach Art und Umfang über das Kleingewerbe hinausgeht, sind aber verpflichtet, ihre Eintragung in das Handelsregister zu bewirken. Hierüber bitten wir dringend, die in Frage kommenden Handelskreise zu belehren und umgehend Listen einzusenden.

A. der jetzt ins Handelsregister eingetragenen Kaufleute, (dies kann beim zuständigen Amtsgericht festgestellt werden).

B. der nach den obigen Grundsätzen noch einzutragenden Kaufleute.

Da mit einer Auflösung des jetzigen Handelskammervorstandes und einer alsbaldigen Neuwahl zu rechnen ist, bitten wir, der für unsere Kaufmannschaft äusserst wichtigen Angelegenheit Ihr besonderes Interesse zu widmen.

Anlage 2.

Gründung von Einkaufsgenossenschaften.

Es ist bei uns die Gründung von Einkaufsgenossenschaften angeregt worden, da es feststeht, dass andere Handelskreise bestrebt sind, durch Gründung von Genossenschaften den kaufmännischen Mittelstand zu stützen und des weiteren grosse Aktiengesellschaften zu schaffen, die in möglichst viel kleinen Städten Zweigniederlassungen einrichten. Dadurch entsteht für die Juden die grosse Gefahr, dass die Konkurrenz, weil sie kapitalskräftiger ist, auch im Einkauf günstiger gestellt wird. Dieser Gefahr sollen nun die jüdischen Einkaufsgenossenschaften begegnen. Es wird jedoch das grösste Gewicht darauf gelegt, dass der jüdische Kaufmann an sich vollkommen frei bleibt, sodass er auch bei Bestehen der Genossenschaft dort einkaufen kann, wo er es im Augenblick wirtschaftlich für am besten hält. Daneben aber soll die Genossenschaft durch den Einkauf in grossen Mengen den jüdischen Kaufleuten die Möglichkeit bieten, die allgemein übliche Handelsware zu denselben oder zu billigeren Preisen einzukaufen als es bei der Konkurrenz der Fall ist.

Es wurde vorgeschlagen, dass entweder für jeden Geschäftszweig eine besondere Genossenschaft gegründet wird, für die dann wieder eine Zentrale zu schaffen ist, die mit der Jüdischen Genossenschaftsbank in Geschäftsverkehr bleibt; oder es soll eine einzige Genossenschaft gegründet werden, die in verschiedene, nach den Geschäftszweigen gesonderte, Unterabteilungen zerfällt.

Wir bitten den dort zu bildenden Wirtschaftsausschuss, sich möglichst bald mit allen in Betracht kommenden Kauf- und Handelsleuten in Verbindung zu setzen und uns über folgende Fragen zu berichten:

1. Erscheint die Schaffung von Einkaufsgenossenschaften erwünscht?
2. Wird der augenblickliche Zeitpunkt für die Gründung für geeignet gehalten?
3. In welcher Art soll die Einkaufsgenossenschaft gegründet werden?

Wir bitten, den Beantwortungen der obigen Fragen Begründungen beizugeben.

Wir weisen darauf hin, daß nach dem Beschluß der Provinzialtagung vom 9. April 1919 am 1. Montag eines jeden Monats nachmittags 6 Uhr in unseren Geschäftsräumen eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses stattfindet, zu der die Gemeinden der Provinz, die unsere Mitglieder sind, Zutritt haben. Besondere Einladungen ergehen nicht. Der geschäftsführende Ausschuß.

Einführung des Verhältniswahlrechts für die Wahl zur Repräſentanten-Verſammlung.

Am 6. April 1919 hat die Repräſentantenverſammlung der jüdiſchen Synagogengemeinde Poſen folgenden Beſchluß gefaßt:

1. Eine aus 5 Repräſentanten und 3 Vorſtandsmitgliedern beſtehende Kommiſſion einzuſetzen, die beauftragt wird, eine Änderung des ſtatutariſchen Gemeindewahlrechts unter Einführung des Verhältniswahlſyſtems vorzubereiten,
2. den ausgearbeiteten Entwurf nach Friedensſchluß und endgültiger Beſtimmung des ſtaats- und völkerrechtlichen Zuſtandes der Provinz Poſen — ſpäteſtens im Auguſt 1919 — zu verabſchieden,
3. die Neuwahlen zur Repräſentanten-Verſammlung auf Grund des neuen Wahlrechts vor Schluß des Jahres 1919 vorzunehmen.

Jüdischer Antisemitismus.

Ein dunkles Blatt! Dass dieses widerwärtige Gespenst uns gerade in dieser schweren Zeit wieder einmal entgegentritt, ist besonders bitter.

In den letzten Tagen ging uns von der Naczelna Rada Ludowa folgendes Schreiben zu, das in deutscher Uebersetzung folgendermassen lautet:

Das Kommissariat des Obersten Volksrats.

Posen, den 15. Mai 1919.

Jüdischer Volksrat

HIER.

Aus jüdischen Kreisen erhalten wir Proteste, die Ihnen das Recht absprechen, im Namen der hiesigen jüdischen Bevölkerung das Wort zu ergreifen. So wird uns u. a. folgendes geschrieben:

„Wir gestatten uns, ergebenst darauf hinzuweisen, dass der »Jüdische Volksrat in Posen« eine reine private Vereinigung ist, der keine Berechtigung zur Vertretung der Gesamtheit der in der Provinz Posen wohnenden Juden beiwohnt; die Vertretung der Interessen der jüdischen Gemeinden liegt deren auf Grundlage des Gesetzes bestellten Organen (Vorstand und Repräsentanten-Versammlung) ob.“

Die Herren wollen hiervon Kenntnis nehmen.

Das politische Dezernat am Obersten Volksrat.
gez. Janta v. Polczynski.

Wir wissen der Naczelna Rada Ludowa Dank, dass sie uns zeigt, wo der Feind sitzt. Aber brennende Scham über die unverantwortlichen Briefschreiber muss jeden erfüllen, der noch einen Funken jüdischen — nein, moralischen — Gefühls sein eigen nennt. Seit Menschengedenken haben jene Elenden, die den verwerflichsten Krieg führen, den es gibt, den Krieg gegen die eigenen Volksgenossen, die Verachtung aller gesitteten Elemente auf sich gezogen. So ist's auch heute. Wir kennen die Briefschreiber nicht, nur das wissen wir: Von ihnen trennt uns nicht ein Strich, sondern eine weite, tiefe Kluft.

Ch.

Schluss des redaktionellen Teiles.

Verantwortlicher Schriftleiter: Rechtsanwalt Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Leo Eisig, Posen.
Druck D. Goldberg, Posen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Rechtsanwalt Dr. Chone, Posen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Leo Eisig, Posen.
Druck von D. Goldberg, Posen.